Landtag
Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 18/1023
29.10.2025

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

80. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:05 Uhr bis 12:24 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Stephan Vallata

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 – HHG 2026) **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/15000

Bericht der Landesregierung zu Einzelplan 14
Vorlage 18/4149 (Erläuterung)
Vorlage 18/4307 (Einführung)
Vorlage 18/4364 (Beantwortung der Fragen zum HH)

– Wortbeiträge

2 Konjunkturbericht MWIKE *(turnusgemäße Berichterstattung; Präsentation siehe Anlage 1)* **11**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

3 Dramatische Lage der Stahlindustrie – Umsatz- und Produktionsrückgänge sowie Kostenbelastungen durch den sogenannten Dekarbonisierungspfad: Wie sichert die Landesregierung die Wertschöpfung und Beschäftigung in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie? *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [siehe Anlage 2])* **25**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4160

– Wortbeiträge

4 Verwirklichung des Zentrums für zirkuläre Wertschöpfung Batteriezelle *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 3])* **34**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4159

– Wortbeiträge

5 CO-Pipeline von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 4])* **36**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4158

– keine Wortbeiträge

6 Luft- und Raumfahrtstrategie *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlage 5])* **37**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4166

– Wortbeiträge

7 Bis zu 152 Castortransporte von Jülich nach Ahaus genehmigt – Die Landesregierung muss nun endlich Transparenz herstellen *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlage 6])* **39**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4157

– Wortbeiträge

8 Haldenbrände in NRW: Welche Chancen und Risiken bietet das unverhoffte Erbe des Bergbaus? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 7])* **41**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/425

– keine Wortbeiträge

9 Verschiedenes **42**

hier: **Gutachten zur illegalen Abfallentsorgung im Tagebau Garzweiler**

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Dr. Robin Korte dankt den Fraktionen für ihre Kompromissbereitschaft im Rahmen der konsensorientierten Abstimmung der Tagesordnung. Mehrfach geschobene TOPs – es handele sich dabei um Berichte – könnten heute abschließend behandelt werden.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 – HHG 2026)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/15000

Bericht der Landesregierung zu Einzelplan 14
Vorlage 18/4149 (Erläuterung)
Vorlage 18/4307 (Einführung)
Vorlage 18/4364 (Beantwortung der Fragen zum HH)

(Überweisung des Gesetzesentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse am 17.09.2025 mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt)

Vorsitzender Dr. Robin Korte weist auf die Möglichkeit der Einreichung schriftlicher Fragen zu Haushaltseinzelplan 14 seitens der Fraktionen im Vorfeld der heutigen Sitzung und deren fristgemäße Beantwortung durch die Landesregierung hin. Nachfolgend könnten die Ausschussmitglieder mündliche Nachfragen an die Landesregierung richten. Die Abstimmung werde nicht im Verlauf der nun folgenden zweiten Behandlung des Einzelplans, sondern erst in der nächsten Sitzung erfolgen.

In Bezug auf die Aufwendung von Mitteln für die Solartechnik bitte er die Landesregierung um die Beantwortung der Frage, ob bei den im Förderprogramm progres.nrw avisierten Kürzungen eine Differenzierung zwischen Freiflächen-, Floating- und Agri-Photovoltaikanlagen vorgenommen werde, leitet **Dietmar Brockes (FDP)** ein.

Die massiven Kürzungen bei wissensbasierten Gründungen an Hochschulen führe die Landesregierung auf die angespannte Haushaltslage zurück, schließe aber spürbare Auswirkungen dieser Maßnahme mit Blick auf die Verstetigung der Aktivitäten mit eigenen Mitteln an jenen Hochschulen aus, die im Rahmen der Exzellenz Start-up Center sowie als Begleitvorhaben gefördert worden seien. In Zukunft erfolge eine entsprechende Förderung nach Angaben der Landesregierung zudem aus EFRE-Mitteln. Er wolle nun wissen, ob die Landesregierung die beabsichtigten Einsparungen auch dann vornähme, wenn die Haushaltslage eine bessere wäre, die betreffende Förderung also für obsolet halte.

Der dem Ausschuss vorliegende Entwurf zu Einzelplan 14 habe angesichts der in Aussicht gestellten Förderkulisse in den Bereichen „Transformation“ und „Innovation“ für Aufregung innerhalb des Verbandes kommunaler Unternehmen gesorgt, berichtet **André Stinka (SPD)**. Sehr kritisch geäußert habe sich außerdem der Landesverband Erneuerbare Energien vor dem Hintergrund der angekündigten Kürzungen im Bereich

„Geothermie“ und der im Vorjahr öffentlich dargestellten Wärmeplanungssituation. Ihn interessiere es nun, wie die Landesregierung der deutlichen Kritik dieser beiden sehr unterschiedlichen Verbände gegenüberstehe.

Außerdem bitte er die Landesregierung um Darstellung der Beweggründe für die Zusammenlegung von Titelgruppen im Bereich von Investitionsanreizen und Fördermitteln. In diesem Zusammenhang wolle er ferner in Erfahrung bringen, ob ein bürokratiearmer Zugriff – das habe sich die Landesregierung schließlich auf die Fahne geschrieben – auf den Ebenen der Kommunen und Unternehmen gewährleistet werden könne und ob über lange Zeit installierte Förderpfade erhalten blieben. Die Abschmelzung der Fördermittel werde zu gegebener Zeit sicherlich ein Thema sein.

Im Hinblick auf das Thema „Geothermie“ habe der Sachverständige Professor Dr. Rolf Bracke in der Anhörung vom 9. September 2025 hervorgehoben, dass die Kommunen im Falle einer Reduzierung von Landesmitteln für Explorationsbohrungen nicht in die Bresche springen könnten. Er bitte die Landesregierung um eine Stellungnahme zu diesem Sachverhalt.

Die Landesregierung beschränke sich bei ihren ohnehin spärlichen Antworten auf die Fragen seiner Fraktion nach den Erfolgen der Zukunftsagentur Rheinisches Revier und der Landesgesellschaft für Energie und Klimaschutz NRW.Energy4Climate auf die Nennung von Downloadraten und Workshopteilnahmen, obwohl es angeblich um Arbeitsplätze bzw. den sogenannten Klimaschutz gehe, bemängelt **Christian Loose (AfD)**. Offensichtliche handele es sich nur um Selbstbeschäftigungsmaßnahmen.

Im Fall von thyssenkrupp bestehe noch nicht einmal Klarheit darüber, ob die Subventionen Betriebskosten inkludierten und wie hoch der für die Kalkulation veranschlagte CO_2-Preis sei. Diese Wissenslücken der Landesregierung ließen ihn sprachlos zurück.

Sie freue sich auf die Diskussionen über den Einzelplan 14 im Ausschuss und im Parlament, an deren Ende dessen gemeinsame Aufstellung stehen solle, teilt **Ministerin Mona Neubaur (MWIKE)** mit. Die Landesregierung verfolge mit dem Haushaltsplanentwurf das Ziel, die schwierige wirtschaftliche Lage zu überwinden und zugleich einen Fokus auf Investitionen zu legen.

Stünde mehr Geld zur Verfügung, würde die Landesregierung die Fördermittel für wissensbasierte Gründungen an Hochschulen selbstverständlich wieder aufstocken, allerdings könne sie diese Frage nur im Konjunktiv beantworten. Eine Unterstützung beschränke sich im Übrigen nicht allein auf die Finanzen, sondern auch auf strukturelle Verbesserungen. So arbeite ihr Haus gemeinsamen mit dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft und dem Technologietransferdienstleister PROvendis etwa an einer Verstetigung der Aufgabe von Hochschulen, aus Ideen Geschäftsmodelle zu entwickeln, womit ein Hochlauf des Gründungsgeschehens beabsichtigt werde. Dabei stehe also die Anwendungsorientierung im Vordergrund.

Als ein Erfolg der Landesregierung verbuche sie in diesem Zusammenhang die erfolgreiche Teilnahme zweier nordrhein-westfälischer Hochschul- bzw. Wirtschaftskonsortien am durchaus harten bundesweiten Wettbewerb EXIST Startup Factories. Das Vorhanden-

sein solcher Konsortien in NRW spreche für eine wachsende Bereitschaft in der Wirtschaft und im Mittelstand, anhand von Investitionen in Innovationen aus Hochschulen die eigenen Innovationsbestrebungen zu verstärken.

Im Bereich der Solartechnik werde die Landesregierung aufgrund der reduzierten Fördermittel eine Fokussierung auf klassische Freiflächenphotovoltaikanlagen – darin mitinbegriffen seien Agri- und Floating-PV – sowie Sonder- und Innovationsanwendungen vornehmen.

Hinsichtlich der Geothermie könne eine Abmilderung des Fündigkeitsrisikos für Stadtwerke bei Explorationsbohrungen durch den – dabei handele es sich um keinen Posten im Einzelplan 14 – Fündigkeitsfonds der NRW.BANK gelingen. Der Geologische Dienst NRW trage seinen Teil dazu bei, indem er für eine klare Datenlage sorge.

Die Kürzung des Titelansatzes im Bereich „Geothermie“ lasse sich auf den mit 40 Millionen Euro gefüllten Fonds der NRW.BANK für das Förderprogramm „progres.nrw – Risikoabsicherung hydrothermale Geothermie“ zurückführen, über den die bestehenden Bedarfe überjährig finanziert werden könnten, weshalb keine zusätzlichen Haushaltsmittel vonnöten seien, ergänzt **StS’in Silke Krebs (MWIKE)**.

Die Zusammenlegung von Titelgruppen entfalte keinerlei Auswirkungen auf Förderzugänge, Fördermechanismen und den Fluss von Fördergeldern. Ebenso wenig mache dies neue Prozesse notwendig oder führe zu anderen Veränderungen. Vielmehr bedeute die Bündelung eine gewisse Flexibilisierung.

Die von der AfD-Fraktion zur Sprache gebrachten Landesgesellschaften, nämlich die Zukunftsagentur Rheinisches Revier und NRW.Energy4Climate, agierten mit der Maßgabe wirtschaftsorientierten Handelns in einem gewissen Umfang eigenverantwortlich und würden durch das MWIKE mitnichten wie ein Referat geführt, sondern über Aufsichtsräte kontrolliert, deren Mitglieder unter anderem die Landesregierung stelle und denen die Landesgesellschaften ihre Wirtschaftspläne bzw. Quartals- und Jahresberichte zwecks kritischer Würdigung vorlegten. Neben den Aufsichtsräten überwachten auch der Landesrechnungshof und die Bezirksregierungen die ordnungsgemäße Verwendung der institutionellen Förderung.

Die Prüfung der Mittelverwendung bei den Landesgesellschaften durch die Landesregierung wolle er gar nicht in Abrede stellen, erläutert **Christian Loose (AfD)**. Ihm gehe es vielmehr um die von den Landesgesellschaften erzielten Ergebnisse, denn schließlich beinhalteten diese eine Relevanz für den Wirtschaftsstandort NRW. Nach seinem Dafürhalten handele sich um dürftige Ergebnisse.

Er bitte die Landesregierung, zu beantworten, warum die aus dem letzten Haushalt stammenden Mittel des Fonds der NRW.BANK in jüngster Vergangenheit nur spärlich abgerufen worden seien und ob sie auch für die Tiefengeothermie ausreichten, die im Gegensatz zur Geothermie keine Kürzung um 1 Million Euro erfahren habe, so **André Stinka (SPD)**. Ferner wolle er wissen, aufgrund welcher Erkenntnisse die Landesregierung von einem Mittelbedarf unterhalb der bereitgestellten Summe ausgehe und ob

sie über eine Übersicht der landesweit von Stadtwerken geplanten Geothermieprojekte verfüge.

Seine Fraktion beschäftige mit Blick auf die erheblichen Einsparungen bei der Fachkräfteoffensive darüber hinaus die Frage, wie es in einer Phase zu diesen Mittelkürzungen kommen könne, in der eine positive wirtschaftliche Entwicklung insbesondere von kleinen und mittelständischen branchenübergreifend entscheidend von der Verfügbarkeit von Fachkräften abhänge, wie auch eine Befragung durch die Industrie- und Handelskammer ergeben habe.

Erkenntnisinteresse bestehe seitens seiner Fraktion auch dahin gehend, wie sich in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsministerium gestalte – neben Veranstaltungen zur Anwerbung von Menschen aus dem asiatischen Raum ließen sich keine weiteren Aktivitäten feststellen –, welche Maßnahmen angesichts bevorstehender Mittelkürzungen in Mitleidenschaft gezogen würden und wie die Landesregierung dem Fachkräftemangel zu begegnen gedenke.

Die Landesregierung treibe die Geothermie durch die Unterstützung von zielgerichteten Bohrungen und Kartierungen zur Schaffung einer besseren Datengrundlage bezüglich geeigneter Orte voran, legt **StS'in Silke Krebs (MWIKE)** dar. Diesen Bestrebungen entspreche die Ausstattung des Geothermiefonds mit entsprechenden Finanzmitteln, die so früh wie möglich zur Verfügung stehen sollten, um Projektträgern gegenüber eine Signalwirkung zu entfalten, auch wenn ein Mittelabruf in den vergangenen beiden Jahren aufgrund des frühen Stadiums dieser Projekte absehbar noch nicht infrage gekommen sei. Daher stünden die Mittel überjährig zur Verfügung. Wegen der angespannten Haushaltslage komme es bei der Verteilung der Mittel zu einer gewissen Streckung der Projekte, nicht aber zu Kürzungen.

Ein Überblick bestehe innerhalb der Landesregierung sowohl über die Anzahl der Projekte als auch darüber, zu welchem Projektzeitpunkt sich erfahrungsgemäß welche Bedarfe manifestierten, weshalb Zuversicht bestehe, diese entsprechend zeitnah und in ausreichender Form bedienen zu können.

Die Fachkräfteoffensive als solche sei zwar beendet – vormals habe im Haushalt eine Bündelung von Maßnahmen zur Erhöhung von deren Sichtbarkeit stattgefunden –, doch würden die nun auf die jeweiligen Haushaltsstellen verteilten Maßnahmen weiterhin ausgewiesen. Bei Bedarf könne das MWIKE eine Zusammenstellung dieser Maßnahmen nach Titelgruppen vorlegen. Der zweifellos nach wie vor existente Fachkräftebedarf beschäftige die Landesregierung also weiterhin.

Weiterhin betrieben werde auch die Anwerbung von Fachkräften aus dem asiatischen Raum bzw. generell aus dem Ausland. Derzeit in der Umsetzung befänden sich zwei Projekte in Indonesien, wofür der Haushalt die erforderlichen Finanzmittel ausweise. Ein Erfolg dieser Bemühungen deute sich im Falle Indonesiens bereits an, obgleich Projekte dieser Art eine gewisse Vorlaufzeit benötigten, bevor sich Effekte abzeichneten.

Dem demografischen Wandel, der die seit langer Zeit bestehende strukturelle Krise der Gesellschaft verursacht habe und der sich auf die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft

auswirke, begegne die Landesregierung weiterhin mit Einzelmaßnahmen, auch wenn diese nicht mehr in einem Haushaltstitel subsummiert würden, ergänzt **Ministerin Mona Neubaur (MWIKE)**.

Im Hinblick auf die Nutzung des ausländischen Fachkräftepotenzials zum Beispiel in den Bereichen „Sanitär“, „Heizung“ und „Klima“ arbeite ihr Haus eng mit dem Arbeitsministerium zusammen, das mit der NRW Fachkräfteagentur International jüngst ein Beratungsangebot für Arbeitgeber aus Industrie und Handwerk zur Fachkräftegewinnung geschaffen habe.

Entscheidend sei es aber auch, inländisches Potenzial zu heben. Einen riesigen Zuspruch erfahre etwa die nordrhein-westfälische Bundesratsinitiative zur Förderung von Unternehmerinnen. So beziehe das Land dem Bund gegenüber klar Stellung, was den Mutterschutz für Selbstständige und somit eine Planungssicherheit angehe. Insbesondere im Handwerk könne auf diese Weise der Weg für Unternehmensnachfolgen geebnet werden. Das Bundesarbeitsministerium, das eine entsprechende Gesetzesänderung anstoßen müsse, profitiere von einer seitens des Landes in Auftrag gegebenen Studie zu diesem Thema.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann wohne just an diesem Tag dem ersten Spatenstich für ein Bildungszentrum der Handwerkskammer in Düsseldorf bei, das sich der überbetrieblichen Unterweisung von Lehrlingen verschreibe. Schritt für Schritte löse man so den Investitionsstau in diesem Bereich auf.

Er halte die erhebliche Reduzierung von Mitteln für Cybersicherheit gerade in Zeiten zunehmender Attacken auf die IT-Systeme von Unternehmen für ein grundsätzlich falsches Signal, zumal NRW seine Aktivitäten zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in dem Innovationsnetzwerk DEFENCE.NRW gebündelt habe, bemängelt **André Stinka (SPD)**. Auch kleine und mittlere Unternehmen seien diesen Hackerangriffen ausgesetzt, verfügten allerdings nicht über so wirksame Abwehrmechanismen wie Konzerne mit eigenen Stabsabteilungen. Ihn interessiere die Bewertung dieses Sachverhaltes durch die Landesregierung. Außerdem wolle er wissen, inwieweit das MWIKE in Sachen „Cybersicherheit“ mit dem dafür ebenso zuständigen Innenministerium kooperiere.

Die Kürzungen beim Förderprogramm „Mittelstand Innovativ & Digital“ (MID) seien der Haushaltssituation und nicht etwa der Annahme geschuldet, dass Cybersicherheit keine Priorität mehr genieße, hebt **StS’in Silke Krebs (MWIKE)** hervor. Die Landesregierung setze vor diesem Hintergrund innerhalb des MID einen Fokus auf die Themen „Innovationskraft“ und „digitale Transformation“. Man beabsichtige aber, diesen Topf über die Umschichtung von Mitteln im Zuge des Haushaltsvollzugs nach Möglichkeit wieder aufzustocken.

Die Cybersicherheit gewinne zunehmend an Bedeutung. So verfüge die Abteilung 4 des MWIKE über ein eigenes Programm zu diesem Thema. Innerhalb der Landesregierung bestehe Zuversicht, dass ergänzenden Maßnahmen zur Unterstützung des Mittelstandes aufgelegt werden könnten. Man arbeite intensiv an einer Optimierung der Mittelausstattung.

2 Konjunkturbericht MWIKE *(turnusgemäße Berichterstattung; Präsentation siehe Anlage 1)*

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Sie wissen, dass wir mittlerweile regelmäßig den Konjunkturbericht behandeln, den die Landesregierung zusammen mit dem RWI und der RUB erstellt und der uns turnusgemäß dreimal im Jahr, so auch heute, vorgetragen wird. Die Vorstellung des Berichts erfolgt wie in der Vergangenheit durch Herrn Professor Schmidt vom RWI Essen, die Einführung aber durch Frau Ministerin Neubaur.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich erlaube mir, Sie zu korrigieren. Wir erstellen nicht die Konjunkturprognose des RWI – das tut das RWI allein –, aber wir stellen diese Prognose richtigerweise zusammen mit wichtigen Partnern unseres Standortes wie der IHK Nordrhein-Westfalen vor und werfen ein Licht auf die Details. Die Details wird Herr Schmidt gleich hier im Ausschuss vorstellen.

Im Jahr 2026 soll es laut RWI mit einem Wachstum von möglichen 1,1 % wieder aufwärts gehen. Das kann bedeuten: Unsere Wirtschaft kommt wieder in Bewegung, und Nordrhein-Westfalen kann genauso stark wachsen wie der Bund. Ein wichtiger Treiber dafür kann das Sondervermögen des Bundes und unser eigener Nordrhein-Westfalen-Plan – die Investitionsgarantie – sein, mit dem wir endlich den jahrzehntelang real existierenden Investitionsstau Schritt für Schritt auflösen. Wir glauben: Das kann ein echter Gamechanger werden.

Mit diesem größten Investitionsprogramm in der Geschichte des Landes – 30 Milliarden Euro über zwölf Jahre – starten wir in eine neue Phase. Wir investieren ganz im Interesse eines starken Wirtschaftsstandorts in die Modernisierung von Schulen, die Sanierung von Straßen, Schienen, Krankenhäusern und Kitas sowie in die digitale Infrastruktur. Das Sondervermögen ist unsere Antwort auf jahrzehntelang real existierende Lücken. Es kann Arbeitsplätze schaffen, es kann die Transformation beschleunigen und uns bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit wieder zurück an die Spitze führen. Wir schütten den Sand wieder in den Sandkasten und nicht ins Getriebe.

Generationengerechtigkeit darf dabei aber nicht nur ein Wort sein. Die neuen Schulden müssen mit einem Gegenwert ausgestattet sein. Deswegen investiert Nordrhein-Westfalen dort, wo mit dem Geld Zukunft geschaffen werden kann. Das sind Bildung und Betreuung; das ist der Bereich „Energie, Klima und Verkehr“; das ist unser Gesundheitssystem; das sind die Krankenhäuser; das sind Forschung und Digitalisierung, und das sind für ein Spitzentechnologieland logischerweise auch neue Technologien – von der Bioökonomie bis zur Quantentechnologie.

Die öffentlichen Investitionen ziehen private nach sich. Wir erleben das im Rheinischen Revier. Nur darüber, dass sich der Rahmen für private Investitionen weiter verbessert, werden wir es schaffen, entsprechende Wachstumsraten herbeizuführen. Mehr als 5.500 neue Arbeitsplätze entstehen im Rheinischen Revier bei bereits bewilligten rund 2,3 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln und über 3 Milliarden Euro an privaten Investitionen. Wir wollen deswegen nicht allein aus dem Landeshaushalt heraus aktiv sein, sondern zum Beispiel auch mit starker Unterstützung unserer Förderbank mit

Programmen wie „NRW.BANK.Invest Zukunft“ beste Investitionsrahmenbedingungen setzen.

Gleichzeitig bleibt wichtig, dass das Geld in sinnvolle Investitionen und nicht in steigende Preise fließt. Darum werden wir auf eine kluge Mittelverteilung achten und schnell starten, aber über die Jahre planbar bleiben. Das meinen wir mit der Investitionsgarantie. So können sowohl die öffentlichen Administrationen als auch die Wirtschaft Kapazitäten aufbauen. Wir alle haben mehr davon, wenn wir durch real existierende Investitionen und Sichtbares die Investitionsmittel klug einsetzen, als wenn wir alle zum selben Zeitpunkt den einen Bagger für die eine Sanierungsmaßnahme brauchen.

Planungssicherheit für Unternehmen, Kommunen und Beschäftigte bedeutet auch, dass sich Unternehmen im Fachkräftebereich entsprechend darauf einstellen können.

Der Wettbewerb hat in einer Marktwirtschaft die Aufgabe, gute Qualität zu vernünftigen Preisen sicherzustellen. Das gilt natürlich auch bei der Vergabe von Bauliefer- und Dienstleistungen. Deswegen müssen wir funktionale Ausschreibungen dort klug einsetzen, wo zum Beispiel – nehmen wir die Rahmedetalbrücke – umfangreiche und komplexe Projekte eine gute Lösung darstellen. Bei Standardprojekten aber muss aus unserer Sicht gerade für unseren starken Mittelstand – für das Handwerk und die kleinen und mittelständischen Unternehmen – weiterhin ein Losverfahren möglich bleiben.

Wir in Nordrhein-Westfalen stehen damit vor einer echten Chance. Mit dem Nordrhein-Westfalen-Plan beschleunigen wir die Transformation. Wir können unseren Standort stärken und echte Zukunftsperspektiven schaffen. Wir investieren in Fortschritt, in Vertrauen und in die Menschen, die unser Land tragen. – Vielen Dank.

Prof. Dr. Thorsten Schmidt (RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung): Vielen Dank für die Möglichkeit, die Analyse und Prognose der konjunkturellen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen kurz vorzustellen. Wir haben die Prognose für dieses Jahr gegenüber der Sommerprognose nicht geändert, aber die Prognose für das kommende Jahr recht deutlich reduziert. Dahinter steht ein doch etwas anderes Bild, als wir im Sommer präsentiert haben.

(Folie 2)

Wenn man sich die Quartalsraten für das Bruttoinlandsprodukt in Nordrhein-Westfalen einmal anschaut, wie wir es schätzen – es gibt dazu keine amtlichen Zahlen –, dann sieht man im Vergleich zum Sommer eine Verschiebung. Wir sehen eine doch stärkere Entwicklung im ersten Halbjahr, gerade zu Jahresbeginn. Das hat mit Vorzieheffekten durch die Ankündigung der Zölle in den USA zu tun. Es wurde mehr exportiert, es wurde mehr produziert. Wir sehen einen recht starken Rückgang der Zuwachsrate und eine etwas schwächere Erholung, als wir sie noch im Sommer erwartet haben. Das wirkt sich auch im kommenden Jahr aus und führt zu einer etwas schwächeren Durchschnittsrate. Diese doch etwas andere Einschätzung sieht man – ich komme gleich dazu – auch in den einzelnen Branchen sehr deutlich.

Das Problem insgesamt ist, dass Nordrhein-Westfalen wie Deutschland insgesamt mit einer ganzen Reihe von Problemen im internationalen Umfeld, aber auch in Deutschland selbst zu tun hat, und man nicht mit einfachen Lösungen wieder auf einen

kräftigeren Wachstumspfad zurückkommt. Daher braucht man viele Bausteine – einer wurde gerade genannt –, um das Wachstum und auch das Wachstumspotenzial in Nordrhein-Westfalen wieder zu erhöhen. Einzelne Maßnahmen reichen aber nicht aus.

(Folie 3)

Schaut man sich das internationale Umfeld an, dann wird sehr deutlich – man hat davon gehört –, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber chinesischen Unternehmen abgeschwächt hat. Die Exporte nach China selbst gehen seit 2019 zurück. Das ist aber nicht die einzige Exportdestination. Durch die Sanktionen gegenüber Russland sind auch die Exporte nach Russland deutlich zurückgegangen, haben sich nahezu halbiert und sind jetzt in der Nähe von null.

Auch hinsichtlich der USA, die lange Zeit getrieben haben – 2022/2023 – ist durch die Einführung der Zölle zu erwarten, dass die Exporte gedämpft werden, sodass eine weitere Stütze des deutschen Exportmodells einen deutlichen Dämpfer erhält. Dann bleiben nur noch europäische Länder wie Spanien und Frankreich, wo der Export recht gut läuft. Man muss aber auch sehen, dass man gegenüber anderen Exportnationen wieder wettbewerbsfähiger wird und Exporte in Regionen, in denen man Anteile verloren hat, wieder dazugewinnt. Das ist ein Teil der Geschichte.

(Folie 4)

In der Produktionsentwicklung hat man zur Jahreswende eine leichte Aufwärtsbewegung gesehen. Wir haben erwartet, dass sich das im Laufe des Jahres verstärkt. Das hat sich nicht eingestellt, sondern es hat wieder einen deutlichen Dämpfer gegeben. Das sieht man auch bei den Unternehmensbefragungen: Die Lagebeurteilung hat sich wieder verschlechtert. Nach der deutlichen Verbesserung der Geschäftserwartungen hat es wieder einen kleinen Dämpfer gegeben. Man ist also nicht auf einen sich selbst tragenden Erholungskurs eingeschwenkt, sondern es sind weitere Maßnahmen nötig, um die Produktion wieder aufzurichten.

Auch die Auftragseingänge sind zur Jahreswende deutlich gestiegen und in Nordrhein-Westfalen jetzt etwas stärker als im Bund insgesamt zurückgegangen. Auch hier lässt also eine gewisse Ernüchterung erwarten, dass wir in der zweiten Jahreshälfte keine deutlichen Zuwachsraten erleben werden. Vielmehr überwinden wir gerade eine Durststrecke und werden im nächsten Jahr möglicherweise etwas höhere Raten sehen.

(Folie 5)

Schauen wir noch kurz auf die Branchen bzw. Wirtschaftszweige, in denen man die unterschiedlichen Problematiken sehr deutlich sieht. In der Chemie ist die Produktion nach dem Anstieg der Energiepreise sehr deutlich zurückgegangen. Die Erholung von Anfang des Jahres hat sich dort nicht fortgesetzt. Der Maschinenbau hat deutliche Probleme auf internationalen Märkten bekommen, genau wie Kraftwagen und -teile und in schwächerem Maß auch die Elektrotechnik. Dort sind sehr unterschiedliche Kräfte am Werk, die man berücksichtigen und angehen muss, um wieder auf eine stärkere Wachstumslinie einzuschwenken.

(Folie 6)

Der Ausblick ist nach wie vor mit Risiken behaftet. Die Energie- und Rohstoffpreise sind im Moment nicht die große Sorge der Unternehmen. Das hat sich abgeschwächt und etwas stabilisiert. Die Wahrnehmung der Wirtschaftspolitik in Deutschland als Risiko ist auf einem recht hohen Niveau, aber hat sich insgesamt etwas abgeschwächt. Interessanterweise wird der Fachkräftemangel wieder als stärkeres Risiko wahrgenommen. Das sind insgesamt zwar relativ kleine, aber sehr aussagekräftige Bewegungen. Wir haben in Deutschland einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit verzeichnet. Trotzdem sehen größere Teile der Unternehmen den Fachkräftemangel als ein Risiko für die konjunkturelle Erholung in der kurzen Frist.

(Folie 7)

Diese konjunkturelle Schwäche zeigt sich natürlich auch auf dem Arbeitsmarkt. Es gab einen Anstieg der Arbeitslosigkeit bei doch noch relativ langer Erhöhung der Beschäftigung. Diese ist in Nordrhein-Westfalen insgesamt etwas stärker als im Bund gestiegen, aber zur Mitte des Jahres 2025 zum Erliegen gekommen. Dementsprechend haben sich auch die offenen Stellen reduziert. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist deutlich angestiegen. Durch die länger anhaltende schwache Wirtschaftsentwicklung in Nordrhein-Westfalen und Deutschland insgesamt ist es also zu einer deutlichen Verschlechterung gekommen.

(Folie 8)

Wir erwarten, dass sich das im nächsten Jahr vor allem aufgrund der öffentlichen Investitionen etwas reduziert. Wir haben vom NRW-Plan gehört, aber auch der Bund hat eine Reihe von Maßnahmen angekündigt, die im Laufe des nächsten Jahres tragen werden. Wir haben gegenüber dem, was in den Haushaltsplänen von Bund und Ländern eingestellt wurde, schon eine Reihe von Abschlägen gemacht. Wenn diese Maßnahmen nach und nach zum Tragen kommen und die Ausgaben getätigt werden, dann entsteht dennoch ein recht deutlicher Impuls. Wir rechnen in etwa mit 0,5 Prozentpunkten zum Wirtschaftswachstum.

Wie gesagt sehen wir das als einen wichtigen Baustein an. Natürlich ist es wichtig, die Infrastruktur zu modernisieren, aber weitere Maßnahmen sind nötig, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu erhöhen. Es wird immer von einem „Herbst der Reformen“ geredet. Wir erwarten noch einiges an Maßnahmen, um voranzukommen. Diese haben wir nicht in diese Präsentation eingestellt. In den Haushaltsplänen sind vor allem Ausgaben im Bereich „Investitionen“ abzulesen.

Wir gehen im kommenden Jahr aufgrund von öffentlichen Ausgaben, die in den folgenden Jahren zu privaten Investitionen anregen müssen, also von einer Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung in Nordrhein-Westfalen aus. Das haben wir relativ schwach eingestellt. Dort ist noch etwas zu tun, damit es zu einer breit angelegten konjunkturellen Erholung kommt.

Soweit die Einführung; ich freue mich auf Fragen und Kommentare.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielleicht können wir versuchen, die Fragen am Anfang erst einmal zu bündeln.

Jan Matzoll (GRÜNE): Herr Professor Dr. Schmidt, erst einmal vielen Dank für die Vorstellung. Sie gibt einen guten Überblick der aktuellen Lage. Wenn man auf die Zahlen schaut, sieht man, dass es zwar aufwärts geht, aber auf eine Art und Weise, mit der wir alle nicht zufrieden sein können.

Zumindest uns als demokratische Fraktionen eint die Zielsetzung, eine Wende hinzubekommen und eine Entwicklung zu schaffen, die den Wohlstand, die Industrie und die Wirtschaft in NRW nicht nur schützt, sondern ihnen auch eine erfolgreiche Zukunft gibt. Ich glaube, es gibt nur eine Fraktion, die sagt – zumindest, wenn Mikros angeschaltet sind, von denen sie glaubt, sie seien ausgeschaltet –, dass es ihrer Partei gut geht, wenn es Deutschland schlecht geht. Alle anderen sind aufgrund ihrer unterschiedlichen Verantwortlichkeit in diesem Land mit dem ernsthaften Interesse unterwegs, etwas zu ändern.

Sie haben gerade auf die Themen „Herbst der Reformen“ und „Reformnotwendigkeiten“ angespielt. Ich würde neben der Bundesebene gerne auch die europäische Ebene adressieren, und zwar nicht aus der Perspektive, dass Sie politisch bewerten sollen, was in Europa passieren muss, aber Sie haben aus Ihrer Arbeit heraus einen Blick darauf, wie sich unterschiedliche europäische Länder in diesem Gesamtkontext entwickeln. In Deutschland gibt es mehr als eine Besonderheit. Dazu zählen sicherlich die Energiepreise, die Exportorientierung, die starke industrielle Orientierung und die Chemiebranche, durch die wir als NRW besonders getroffen sind.

Was sind aus Ihrer Sicht Aspekte, bei denen Europa schon aufgrund der externen Faktoren an einem Strang ziehen kann und wir optimistisch sein können, dass sinnvolle Reformen kommen, die Europa als Ganzes – als gemeinsamen Wirtschaftsraum – stützen? Bei welchen Aspekten schauen Teile Europas vielleicht mit etwas weniger Begeisterung darauf, Deutschland zu helfen, weil sie nicht die Leidtragenden sind? Das finde ich wichtig, weil diese Punkte wiederum auf das ausstrahlen, was in unserer landespolitischen Verantwortung liegt.

André Stinka (SPD): Ich will zu Beginn deutlich machen, dass es schön ist, dass über den NRW-Plan geredet wird. Nur letztendlich ist es ein Plan, der in Berlin mit dem Sondervermögen organisiert wurde. Ich halte für die SPD-Landtagsfraktion fest, dass wir seit 2022 beispielsweise über Investitionsschwächen in Nordrhein-Westfalen sprechen. Wir sprechen seit 2022 darüber, dass unser Bundesland gerade im Bereich der Produktivität immer hinten angehängt wurde. Wir als SPD-Fraktion haben immer deutlich gemacht, dass das Land bei der Transformation und bei den großen Problemen, die wir gar nicht leugnen wollen, Eigeninitiativen permanent vermissen lässt. Sie loben sich für einen NRW-Plan, der den Kommunen zum großen Teil nicht zur Verfügung gestellt, sondern zum großen Teil in Fördertöpfen versteckt wird, für die wir die Kriterien noch gar nicht kennen. Unter anderem der Landkreistag übt deutliche Kritik daran, was letztendlich an der Basis ankommt, die Investitionen tätigt.

Wir stellen fest: Hätte es diesen Plan in Berlin nicht gegeben, hätten wir auch in NRW keine Aktion gesehen. Frau Krebs, so ist das eben, wenn man sich daran hängt. Sie haben über das Wochenende eine tolle Werbekampagne gemacht, aber wenn die entsprechenden Weichen für Investitionen in Berlin nicht gestellt worden wären, hätten wir heute keine Debatte über einen NRW-Plan. Dieser hätte schon vor einem Jahr oder zwei Jahren festgestellt werden können.

(Romina Plonsker [CDU]: In Berlin nicht!)

Laut der Zahlen des Statistischen Bundesamts, was das Thema „Konjunktur“ angeht, sind Niedersachsen, Hamburg und Bremen in positiveren Regionen. Was unterscheidet Niedersachsen so deutlich von Nordrhein-Westfalen? Hinsichtlich der Industriestruktur sind das deutlich andere Werte.

Was mich oft ein bisschen irritiert: Schaut man sich in Ihrem Institut – ich gehe davon aus – die Konjunkturzyklen der Bundesrepublik über einen längeren Zeitraum an? Ich bin Kind der 80er-Jahre; Entlassung aus der Schule. Damals wollte ich Zahntechniker werden, aber es gab keine Stellen. Wir hatten riesige Probleme im Ausbildungsmarkt. Wir hatten auch Transformationsfragen.

Der „Herbst der Reformen“ wird eingefordert. Das kennt man von den Arbeitgeberverbänden seit 30 Jahren: „Wir müssen alle länger arbeiten“ und „Die Lohnnebenkosten müssen runter“. Die Gewerkschaften sagen genau das Umgekehrte. In dieser Krise ist bei der Betrachtung von mehr Playern auf der Welt eine entscheidende Frage, wie wir bei der seit Jahren zurückgehenden Produktivität nach vorne kommen. Welche konkreten Maßnahmen müssen wir alle in Angriff nehmen? Plattitüden – ich will Ihnen gar nicht zu nahetreten –, die wir in den letzten Monaten immer wieder hören, helfen uns in dieser schwierigen Situation nicht.

Sagen Sie doch einmal klar: Was soll im „Herbst der Reformen“ eigentlich passieren? Was ist in dieser weltweiten Konstellation – Indien hat eine größere Rolle als 1980; China hat eine andere Rolle; über Amerika müssen wir gar nicht sprechen – wirklich wichtig? Die Zölle werden immer als irgendwie problematisch erwähnt, aber auf dem amerikanischen Markt bzw. zwischen Deutschland und Amerika muss sich mehr als nur bei den Zöllen tun. Was ist mit den Produkten? Was ist mit deren Innovationskraft? Spielen diese Faktoren neben den Zöllen nicht entscheidend dabei mit, dass wir Veränderungen vornehmen oder deutlich machen müssen, dass wir zwar richtig investieren, aber positive Ergebnisse erst in ein paar Jahren kommen werden?

Entschuldigen Sie die lange Ausführung. Nur müssen wir irgendwann ins Handeln kommen; deswegen meine etwas längere Frage.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Weil Herr Stinka die Debatte in diese Richtung aufgemacht hat, muss ich zumindest kurz etwas dazu sagen. Wenn sich Ministerpräsident Wüst zusammen mit anderen Ministerpräsidenten nicht dafür eingesetzt hätte, dass ein Teil des Sondervermögens, also 100 Milliarden Euro, an die Länder und an die Kommunen geht, dann hätte es das in Berlin nicht gegeben.

(Beifall von der CDU – Frederick Cordes [SPD]: Das ist ja Quatsch! – Zuruf von Nadja Lüders [SPD] – Lachen von der SPD)

– Sie glauben doch selbst nicht, dass Herr Klingbeil gesagt hätte: Ein Großteil davon geht an die Länder und an die Kommunen.

(Frederick Cordes [SPD]: Doch, genau das war es! Nadja Lüders [SPD]: Das war es! – Zuruf von Björn Franken [CDU])

Es ist ganz klar, dass sich auch die Ministerpräsidenten Ihrer Partei aus anderen Bundesländern – diese schließe ich ausdrücklich ein – dafür eingesetzt haben, dass 100 Milliarden Euro Sonderschulden in Nordrhein-Westfalen ausgegeben werden können.

(Frederick Cordes [SPD]: Hendrik Wüst war doch gar nicht dabei! – Nadja Lüders [SPD]: Genau!)

Natürlich ist es so, dass ein Großteil – das ist auch wichtig – an die Kommunen geht. Ich selbst habe gestern in den Pressemitteilungen der Kommunen meines Wahlkreises nachgeschaut, wie viel dort konkret ankommt. Das ist ein ordentlicher Batzen. Ich kenne gleichzeitig wie jeder von Ihnen hier die Diskussion: Wenn man zu Hause mit seiner Partei, dem Bürgermeister und der Stadtratsfraktion redet, dann sagen natürlich immer alle: Es könnte ein bisschen mehr sein. – Als Abgeordneter sitzt man dort immer allein und sagt: Ja eigentlich habt ihr recht. – Ich könnte mir immer mehr vorstellen, aber über die Zahlen muss man insgesamt sagen,

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

dass ein sehr großer Teil an die Kommunen geht. Der andere Teil, den das Land in Krankenhäuser, Straßen, Brücken und Universitäten investiert, kommt den Menschen natürlich auch zugute. Die Debatte führen wir sicherlich an anderer Stelle noch weiter.

Ich habe an Herrn Professor Schmidt – zunächst einmal ganz herzlichen Dank – zwei Fragen, darunter eine Verständnisfrage. Sie sprachen von einem Minuswachstum von 0,2 % im ersten Halbjahr, aber der Balken ist im positiven Bereich. – Sie nicken schon. Okay, Sie können es gleich erläutern.

Zumindest in der Vergangenheit waren wir immer zuversichtlich, dass wir in Deutschland – ganz pauschal gesagt – viele tolle Produkte produzieren und diese in der Welt ihre Abnehmer finden, wenn die Weltkonjunktur wieder anspringt. Das war eine maßgebliche Basis unseres Wirtschaftswachstums. Jetzt ist nach Ihren Daten die Weltwirtschaft trotz aller Dinge, die wir sonst diskutieren – Zölle, Krieg usw. – nicht so schlecht. Es geht nach oben. Der globale Handel nimmt zu, Containerumschlag und alles Mögliche gehen nach oben. Trotzdem profitiert anscheinend die deutsche Industrie nicht. Es geht nach unten.

Welche Ursachen hat das? Können Sie uns Hoffnung machen, dass das wieder anders wird, so wie in vorherigen Weltwirtschaftskrisen, aus denen wir uns gut herausgearbeitet haben?

Dietmar Brockes (FDP): Professor Schmidt, vielen Dank für den Bericht. – Herr Kollege Matzoll, in der Debatte wundere ich mich so ein bisschen, wie Sie darauf kommen, daraus und genauso aus den Ausführungen der Ministerin abzulesen, dass es aufwärts gehe. Der Bericht hat wieder das genaue Gegenteil ergeben. Wir stecken voll und ganz in der Rezession. Wir sind voll und ganz …

(Heiterkeit von Jan Matzoll [GRÜNE]: Das haben Sie missverstanden!)

– Das finde ich nicht lustig.

(Jan Matzoll [GRÜNE]: Ich finde es auch nicht lustig, missverstanden zu werden!)

Wir befinden uns nämlich seit drei Jahren in einer katastrophalen Lage – Kollege Untrieser hat es gerade deutlich gemacht – und haben auch heute leider nichts von den Maßnahmen gehört, die uns aus Landessicht dort wieder herausbringen sollen. In der Pressemitteilung der Ministerin können wir den Offenbarungseid lesen. Sie haben darin gesagt: Wir schütten den Sand wieder auf den Spielplatz und nicht ins Getriebe. – Daraus kann man ablesen, was während der letzten drei Jahre in diesem Land gelaufen ist. Ich sehe ehrlich gesagt noch nicht, dass der Sand dort ankommt, wo er hingehört. Ihrerseits wurden keinerlei wirklich notwendige Reformen durchgeführt.

Sie haben eben ein paar Maßnahmen genannt. Professor Schmidt hat sozusagen direkt gekontert und gesagt, dass ein einzelner Baustein nicht ausreiche und wir eine Fülle von Maßnahmen bräuchten. Dass das Sondervermögen jetzt für alles herhalten muss und angeblich die Erlösung bringen soll, ist leider genau der Punkt. Herr Kollege Untrieser, ich will mich nicht in den Streit zwischen SPD und CDU einmischen, aber in dem Zusammenhang haben Sie recht: Der Ministerpräsident hat sich in Berlin eingebracht, was Länder und Kommunen angeht. Dass insbesondere die Zusätzlichkeit gestrichen wird, war sein Hauptanliegen. Das bedeutet letzten Endes nichts anderes, als dass die Mittel umgesetzt und aus dem eigentlichen Haushalt verschoben werden,

(Zuruf von Dr. Christian Untrieser [CDU])

um in anderen Bereichen wieder Mittel für den Konsum zu haben, die leider nicht dazu beitragen werden, uns nach vorne zu bringen.

Auch in den Kommunen ist das Erwachen gekommen. Die Millionensummen, die Sie überall in den Raum schreiben, lesen sich erst einmal toll. Meistens wird aber vergessen, zu sagen, dass die Beträge über zwölf Jahre an die Kommunen gehen sollen.

(Lachen und Zuruf von Dr. Christian Untrieser [CDU])

Dann sieht das natürlich wieder ganz anders aus.

(Michael Röls-Leitmann [GRÜNE]: Wäre es Ihnen lieber, wir bekämen gar nichts?)

Gerade in Bezug auf das Sondervermögen gibt es im Moment sehr viel Erwachen. Ich war diese Woche bei der Bauindustrie, bei der nach dem ersten Jubel Ernüchterung eingetreten ist, weil sie nicht erkennen kann, dass dies zusätzlich etwas bewirken wird, wenn wir nicht die dringend notwendigen strukturellen Reformen vornehmen. Das wurde eben wieder angesprochen.

Herr Professor Schmidt, Sie haben es in Ihren Bericht klar hineingeschrieben. Sie warnen davor, dass die Mittel, die dort öffentlich eingesetzt werden, nicht die Dynamik haben, um die privaten Investitionen loszulösen, die wir eigentlich aktivieren müssten. Deshalb stelle ich an Sie die konkrete Frage – wenn Sie das bitte näher erläutern könnten –, welche Reformen im Land notwendig sind, um diese privaten Investitionen

auszulösen. Könnten Sie in Zahlen deutlich machen, welche Summen einen entsprechenden Hebel aktivieren könnten?

Christian Loose (AfD): Zum Thema „Sand“ würde ich eher sagen, dass die Frau Ministerin uns diesen Sand in die Augen zu streuen versucht hat, denn nur ganz selten kamen mal Zahlen; 5.300 Arbeitsplätze im Rheinischen Revier, habe ich gehört. Wenn man die – was haben Sie gesagt? – 2 Milliarden Euro bis 3 Milliarden Euro umrechnet, die dafür ausgegeben wurden, sind das 400.000 Euro pro dort geschaffenem Arbeitsplatz. Mal schauen, wie lange diese Arbeitsplätze bleiben, wenn die Subventionen wegfallen.

Ich habe mich gefreut, dass Professor Schmidt wenigstens einen klaren Blick hat. Sie haben gesagt, dass die Chemie nach Anstieg der Energiepreise deutlich heruntergeht. Das verwundert mich ein bisschen, denn die Bundesregierung hat die nach ihrer und der Aussage der Landesregierung teuersten Kraftwerke der Welt, nämlich die Kernkraftwerke, abgeschaltet. Laut Landes- und Bundesregierung gibt es immer mehr von den preiswerten erneuerbaren Energien. Das heißt: Es müsste doch jetzt alles viel billiger geworden sein. Herr Professor Schmidt, warum kommen diese günstigen Preise in der Chemiebranche anscheinend nicht an?

Wir sehen zudem massive Entlassungen in den Bereichen der Auto- und der Stahlbranche. Auch die Baubranche liegt praktisch am Boden. Die Arbeitslosigkeit steigt aber kaum, denn die öffentliche Hand hat massiv Stellen geschaffen. Es gibt einen massiven Stellenaufwuchs. Herr Professor Schmidt, wie bewerten Sie diese Verschiebung vom Produktionssektor hin zum öffentlichen Dienst?

Sie sprachen davon, dass 0,5 % der Steigerung aus öffentlichen Ausgaben resultierten, also praktisch die Hälfte des für 2026 geschätzten Miniwachstums. Ohne durch diese durch Kredite finanzierten öffentlichen Gelder läge das von Ihnen erwartete Wachstum demnach nur bei 0,6 %. Jetzt ist es aber so, dass Renten- und Gesundheitskassen im Regelfall mindestens 2 % bis 3 % Wachstum pro Jahr brauchen, um nicht weiter in Schieflage zu geraten.

Herr Professor Schmidt, würden Sie die Einschätzung teilen, dass wir eigentlich 2 % bis 3 % Wachstum brauchen, um wenigstens die Schieflage nicht zu erhöhen? Welche Maßnahmen empfehlen Sie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, außer dass die öffentliche Hand noch mehr Geld für irgendwelche Investitionen ausgibt? Das heißt: Welche Maßnahmen empfehlen Sie insbesondere zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, was Rahmenbedingungen betrifft?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Herr Professor Dr. Schmidt. Ich hoffe, Sie haben noch einen Überblick. Ich würde Ihnen gerne die Gelegenheit geben, darauf einzugehen.

Prof. Dr. Thorsten Schmidt (RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung): Ich fange mit den ganz einfachen Fragen zur Technik an. Warum sind die Raten in der Grafik zum Bruttoinlandsprodukt positiv?

(Folie 2)

Vom Statistischen Landesamt wird für das erste Halbjahr eine Halbjahresrate gegenüber dem ersten Halbjahr 2024 ausgewiesen. Wir weisen Vorquartalsraten, also immer ein Quartal gegenüber dem Vorquartal, aus. Sie müssen sich also die ersten zwei Quartale 2024 – das alles sind Raten – anschauen. Sie sehen: Es geht im zweiten Halbjahr 2024 deutlich herunter. Dann gibt es nach unserer Schätzung einen leichten Anstieg im ersten Halbjahr 2025. Durch diesen Rückgang im zweiten Halbjahr 2024 kommt diese negative – ich weiß gar nicht, wie ich das ausdrücken soll – Vorhalbjahresrate des Statistischen Landesamtes bzw. des Arbeitskreises „VGR der Länder“ zustande. Diese minus 0,2 %, die durch die negativen Raten im Jahr 2024 und nicht im Jahr 2025 erzeugt wird, sieht man in dieser Grafik nicht. Es ist also richtig gerechnet. Das alles passt zusammen, aber diese amtliche Zahl sieht man in dieser Grafik nicht. Das war der einfache Teil.

Jetzt folgt der nicht so einfache Teil. Vielleicht kommen wir vom internationalen Umfeld noch einmal auf Deutschland zu sprechen. Es wurde auf die USA angesprochen. Dort spielen natürlich nicht nur die Zölle eine Rolle, aber diesen aktuellen Impuls sieht man einfach sehr deutlich. Den sehen Sie auch in den Zahlen. Im Containerumschlag sieht man das sehr deutlich. Immer, wenn etwas angekündigt wird, gehen die Containerumschläge in den US-Häfen herunter oder herauf. Darauf reagieren die Unternehmen sehr kurzfristig, aber sie überlegen sich auch längerfristige Investitionen in den USA. Die Trump-Regierung möchte anregen, dass nicht importiert bzw. in die USA exportiert, sondern in den USA produziert wird.

Nach meiner Wahrnehmung fließen Kapitalströme aber eher aus den USA ab, als dass Direktinvestitionen in die USA fließen. Ich glaube, der Standort „USA“ nimmt durch die aktuelle Politik also eher Schaden, als dass man dadurch wirklich viel gewinnt, vor allem längerfristig. Das ist eine Chance für andere Standorte, zum Beispiel für Europa. Man muss sich – langsam kommen wir vom Internationalen nach Deutschland – gegenüber den USA als Standort einfach attraktiver machen, was Produktion angeht, aber auch, was die klugen Köpfe angeht. Es gibt schon einige Abwanderungsbewegungen aus den USA. Es ging durch die Nachrichten, dass zwei Entwicklungsökonomen von Boston nach Zürich wechseln. Das hätte es früher in dieser Form nicht gegeben. Es sind noch andere Bewegungen möglich, von denen man vielleicht profitieren könnte.

Man sieht zum Beispiel an der Dollarbewegung sehr deutlich, dass der Standort für Finanzanlagen unattraktiver wird. Durch diese Diskussionen, ob man unverzinsliche, endlose Anleihen zwangsweise an Investoren vergibt, schadet man dem Anlagenstandort USA mehr, als dass es ihm tatsächlich nützt. Ich bin eher etwas pessimistisch hinsichtlich der längerfristigen Wirtschaftsentwicklung in den USA. Man sieht im Moment tatsächlich noch nicht so viel. Ich habe die Effekte schneller erwartet, aber ich bin relativ sicher, dass die Anpassungen noch nicht abgeschlossen sind.

Dann kommen wir zu Europa. Wie gesagt, profitieren wir derzeit von doch recht günstigen Entwicklungen in Frankreich und Spanien, wohin wir relativ viel exportieren. Das ist natürlich auch mit Risiken behaftet. Man sieht die hohe Staatsverschuldung in Frankreich, die sich so nicht weiterentwickeln kann. Dort sind Anpassungen notwendig, die das Wirtschaftswachstum und auch die Exporte von Deutschland nach Frankreich

dämpfen könnten. Es könnte also direkt auf uns ausstrahlen, wenn es dort in größerem Maße zu Konsolidierungen kommen sollte, die aus meiner Sicht eigentlich unvermeidbar sind.

Was Europa tun kann, ist Handel mit anderen Regionen der Welt zu stärken – das ist eine traditionelle europäische Aufgabe –, sich also nicht zu verschanzen und von anderen Weltregionen völlig abzukoppeln. Ich glaube, das wäre der falsche Weg. Man hat nicht nur durch die steigende Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Unternehmen dort Marktanteile verloren, sondern es gibt auch andere Probleme mit China. Das sieht man im Hinblick auf die seltenen Rohstoffe. Nach meiner Wahrnehmung wird das auch strategisch eingesetzt. Man muss sich überlegen, wie man damit umgeht. Zu anderen sich entwickelnden Regionen – Südamerika, nicht zuletzt Afrika – könnte man durchaus neue Handelspartnerschaften aufbauen. Man sollte also nicht den Fehler begehen, sich abzuschotten, sondern man sollte für Partner offenbleiben, die – das ist wichtig – regelbasiert Handel und Austausch betreiben wollen. Das würde ich als wichtige europäische Aufgabe sehen.

Ein Baustein, der dazu beitragen könnte, wäre die Ausweitung des CBAM, der eingeführt wird. Man sollte auch Exporteure begünstigen – ich glaube, das war im Koalitionsvertrag vorgesehen – und versuchen, die Kostennachteile durch eine CO_2-Bepreisung nicht nur auf heimischen Märkten, sondern auch auf internationalen Märkten zu reduzieren. Das würde zumindest die preisliche Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Auch das wäre ein europäisches Projekt, das man durchaus vorantreiben könnte.

Ansonsten muss man sich auf Fiskalregeln verständigen; das ist wichtig. Nachdem die Schuldenbremse aufgeweicht wurde, greifen jetzt die europäischen Regeln. Diese sollte man ernst nehmen und so modifizieren, dass sie auch ernst zu nehmen sind und verhindern, dass wir in eine letztlich nicht mehr tragfähige Verschuldungsausweitung geraten.

Kommen wir zu Deutschland. Wie viel Zeit habe ich noch?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Wir liegen gut in der Zeit.

Prof. Dr. Thorsten Schmidt (RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung): Okay, gut. Es gibt eine ganze Reihe von Bausteinen. Die Infrastruktur anzugehen und zu modernisieren, ist sicher ein wichtiger Baustein. Man hört es von Logistikern immer wieder, dass man die Standorte natürlich erreichen können muss. Das würde auch den internationalen Handel stärken. Das ist sicher wichtig, aber es ist nicht der einzige Baustein.

Man muss die Innovationskraft stärken. Im Koalitionsvertrag ist ein Fonds für die Finanzierung von Start-ups vorgesehen. Das ist ein klassischer Teil in der Finanzierungsliteratur gerade zu Start-ups. Es gibt eine Anschubfinanzierung, aber es fehlt dann eine Finanzierung, um die Marktreife zu erreichen und Innovationen zu skalieren. Wenn man mit den Unternehmen dort spricht, erkennt man auch im Rheinischen Revier, dass man sich Gedanken macht. Die guten Ideen und Prototypen müssen jetzt marktreif werden. Dafür ist dieser Fonds vorgesehen. Ich habe noch nicht gehört, dass er

eingeführt und angewendet wird. Das wäre sicher ein Baustein, um Innovationen in den Markt zu tragen. Das würde natürlich auch der Produktivität helfen.

An Innovationen für eine höhere Produktivität kommt man nicht vorbei. In der Literatur sind Humankapital und technischer Fortschritt, also Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, die Bausteine, um eine Volkswirtschaft wie die deutsche und auch Nordrhein-Westfalen nach vorne zu bringen. Dort muss man ansetzen und einen langen Atem haben, weil es Jahre dauert, bis diese Produktivitätseffekte tatsächlich zu sehen sind.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten: Es ist eine ganz natürliche Entwicklung, dass sich entwickelnde Volkswirtschaften wie China und Indien besser werden und Marktanteile gewinnen. Dagegen kann man nicht angehen, sondern man muss aktiv sein und neue Produkte entwickeln, mit denen man international gleichziehen kann. Hierbei sind die Unternehmen gefordert. Ich glaube, auch dort wurden Entwicklungen verschlafen oder zu spät aufgegriffen. Das ist nicht nur eine Sache des Standortes Deutschlands. Vielmehr hat man zum Beispiel im Automobilsektor Entwicklungen nicht erkannt, die wichtiger geworden sind.

Ein attraktives Steuersystem für die Unternehmen, also die Unternehmensbesteuerung, und die vorgesehene Förderung von Abschreibungen sind Maßnahmen, die kurzfristig wirken können, um Investitionen anzuregen. Man muss aber in Deutschland verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Bei den Investitionen ist eine lange Perspektive vorgesehen. Das muss auch in anderen Bereichen passieren, damit in Deutschland mehr investiert wird. Ein verlässlicher Rahmen, der in die Unternehmen wieder Zuversicht bringt und zu der Stimmungsaufhellung führt, die wir alle erwarten und erhoffen, ist ganz wichtig.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank erst einmal. Es gibt noch die Möglichkeit zu Nachfragen.

Christian Loose (AfD): Herr Professor Schmidt, ich habe gefragt, warum die Chemiebranche unter den hohen Energiepreisen leidet, obwohl die teure Kernkraft raus ist und immer mehr billige Erneuerbare drin sind. Das müsste doch in der Chemiebranche ankommen.

Das Zweite ist: Sie haben gerade gesagt, die Zölle schadeten den USA, und dort wanderten jetzt Investitionen ab. Zölle sind also schädlich. Der CBAM, den Sie gerade befürwortet haben und den Sie anscheinend noch um eine Subventionskomponente für die heimische Wirtschaft ergänzen wollen, ist aus Sicht der anderen Länder aber nichts anderes als ein Klimazoll. Warum sagen Sie, dass dieser Klimazoll für Deutschland und für Europa gut ist, während die US-amerikanischen Zölle schlecht sind? Sind nicht eigentlich alle Zölle schlecht?

André Stinka (SPD): Ich möchte einmal nachfassen. Zum einen habe ich vorhin zu dem Vergleich von Niedersachsen mit Nordheim-Westfalen eine Frage gestellt. Zum anderen – weil Sie die USA erwähnten – haben wir vor ein paar Jahren die Debatte geführt, dass unter Joe Biden der Inflation Reduction Act durchgeführt wurde. Viele

von uns besuchte Unternehmen haben uns damals deutlich gemacht, welche hohe Bereitschaft bestehe, dorthin zu gehen. Sehen wir dort im Moment eine gegenläufige Bewegung? Nimmt das also eher ab? Gibt es diesen Inflation Reduction Act eigentlich noch? Das weiß ich gar nicht. Wie bewerten Sie das? Damals war es das Thema in den Medien, das von vielen Unternehmen, seien es Großunternehmen oder große mittelständische Unternehmen, immer wieder angeführt wurde.

Prof. Dr. Thorsten Schmidt (RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung): Entschuldigung, ich habe tatsächlich einige Aspekte vergessen und fange mit dem CBAM und den Zöllen an. Der CBAM ist eine Gegenreaktion. Man hat zuerst die CO_2-Bepreisung eingeführt, das heißt, die Kosten für europäische Unternehmen erhöht, das aber für ausländische Unternehmen nicht getan. Dazu soll diese Maßnahme einen gewissen Ausgleich schaffen. Daher bringt man ausländischen Unternehmen, die nach Europa exportieren, die gleiche Kostenstruktur bzw. man erhöht diese CO_2-Bepreisung. Man versucht, eine vorher eingeführte Verzerrung zu beseitigen. Ich würde sagen: Das ist eine gute Maßnahme. Wenn man wie in den USA einseitig Zölle einführt, dann führt das zu genau diesen Verzerrungen, die man vermeiden sollte. Ich sehe durchaus Unterschiede.

Zu der Frage bezüglich Niedersachsen: Wir schauen uns natürlich die Wirtschaftsentwicklung in NRW immer vergleichend mit anderen Bundesländern an. Was man immer wieder feststellt und was es auch in der aktuellen Situation gibt: In Nordrhein-Westfalen läuft es in einzelnen Branchen nicht schlechter als in anderen. Die Wirtschaftsstrukturen bzw. die Branchen, die von diesen externen Schocks stärker betroffen sind, haben in Nordrhein-Westfalen ein größeres Gewicht. Das erklärt den allergrößten Teil der Unterschiede in den Wachstumsraten in den Ländern. Mit Blick auf diese Halbjahresraten haben die Dienstleistungen wahrscheinlich vor allem in Berlin und Hamburg ein größeres Gewicht. Diese haben deutlich positive Raten.

Niedersachsen hat mich ehrlich gesagt auch gewundert. Aufgrund des großen Standortes der Automobilindustrie hätte ich eine negative Rate erwartet. Woher das ganz genau kommt, kann ich Ihnen nicht sagen. Baden-Württemberg und Bayern aber passen wieder ganz gut in dieses Bild. Dort ist diese Industrie, die wie auch in Nordrhein-Westfalen sehr stark betroffen ist. Die Raten sind dort noch deutlich niedriger. Es ist also oft eine Frage der Struktur und nicht so sehr eine Frage der Entwicklung in den einzelnen Strukturen.

Ich habe noch eine andere Frage vergessen. Gefragt wurde auch, wie es mit den 2 % bis 3 % Wachstum ist, die man braucht. Das muss nominal sein. 2 % bis 3 % reales Wachstum würde in Deutschland kein Mensch erwarten. Das würde man auch nicht sinnvoll unterstellen können. Die Potenzialwachstumsrate liegt derzeit bei 0,5 %. Mit 2 % Inflationsentwicklung obendrauf ist man dort. Mit der Prognose für nächstes Jahr ist man dann eher bei 3 %. Ich glaube, das kommt ganz gut hin.

Stichwort „Inflation Reduction Act“: Ehrlich gestanden weiß ich gerade nicht, ob er noch greift oder nicht. Das war schon ein großer Posten, um die Kosten zu reduzieren. Im Moment sind die Zölle und die aktuellen Entwicklungen so treibend und überwiegend, dass ich darauf nicht mehr viel Gewicht setzen würde.

Christian Loose (AfD): Ich nehme zur Kenntnis, dass die Frage zu den Energiepreisen nicht beantwortbar ist. Ich habe hinsichtlich der 2 % bis 3 % nicht gefragt, ob das erwartbar ist, sondern ob das notwendig wäre, um Renten- und Gesundheitskassen nicht weiter in die Schieflage zu bringen. Ansonsten bin ich ziemlich schockiert über Ihre Aussage zum CBAM, denn der CBAM ist ein einseitiger Zoll. Die USA erheben keinen CBAM auf europäische Produkte. China erhebt keinen CBAM auf europäische Produkte. Die Europäer sind so blöd und führen eine Extrasteuer für Unternehmen ein und sagen, dass sie diese Extrasteuer, die nichts anderes als ein Zoll ist, auch auf Produkte aus außereuropäischen Staaten erhöben. Das ist nichts anderes als ein einseitiger Zoll.

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Es ist kein einseitiger Zoll, sondern es ist ein Instrument, das sowohl für die Güter, die in der Europäischen Union produziert und hier verkauft werden, als auch für die Güter, die außerhalb der Europäischen Union produziert werden und nach Europa exportiert werden, ein Level Playing Field schaffen soll.

Zu den Punkten, die als Aspekt von Professor Schmidt angesprochen wurden, was den Exportschutz angeht: Die Forderung, dass er kommen muss, um auch diese Aspekte abzubilden, erhebt beispielsweise die grüne Partei. Wenn man allerdings den menschengemachten Klimawandel leugnet und kein Interesse an Instrumenten für gelingende Transformation und Klimaschutz hat, ist verständlich, dass man sich bemüht, jedwede Instrumente für gelingenden Klimaschutz zu diskreditieren.

(Christian Loose [AfD]: Der gelingt Ihnen in China ganz toll!)

Herr Loose, Ihre absurde Frage zu den Energiepreisen der Chemieindustrie ist relativ leicht zu beantworten.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Schauen wir uns an, welche Energieträger die Chemieindustrie verbraucht. Der allergrößte Anteil ist Erdgas.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Das ist in der Vergangenheit sehr günstig gewesen, weil Kriegsverbrecher Wladimir Putin uns mit günstigem Erdgas gelockt hat. So günstig wird es nie wieder. Das war kein seriöser, sondern es war ein politisch vergünstigter Preis. Wir in Deutschland haben uns in diese Abhängigkeit begeben, was aus guten Gründen immer wieder kritisiert wurde. Es war sehr wichtig, diese einseitige Abhängigkeit von russischem Erdgas schnellstmöglich zu korrigieren und aufzulösen. Dementsprechend ist der Hintergrund vollkommen klar. Alle Branchen, die sehr viel Erdgas einsetzen, haben in der Vergangenheit von sehr günstigen Erdgaspreisen profitiert. Inzwischen sind wir alle miteinander zum Glück klüger, warum dieses russische Erdgas so billig war.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann schließe ich damit den Tagesordnungspunkt. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Professor Dr. Schmidt. Wir sehen uns dann im neuen Jahr wieder.

(Beifall)

3 Dramatische Lage der Stahlindustrie – Umsatz- und Produktionsrückgänge sowie Kostenbelastungen durch den sogenannten Dekarbonisierungspfad: Wie sichert die Landesregierung die Wertschöpfung und Beschäftigung in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie? *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [siehe Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4160

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Ministerin! Frau Staatssekretärin! Fassen wir Ihren Bericht zusammen: Die Strompreise sind etwa doppelt so hoch wie vor einigen Jahren; 8 Cent statt 4 Cent, ist Ihrem Bericht zu entnehmen. Das verwundert, denn Sie sagen immer wieder, dass es jedes Jahr mehr preiswerten Strom aus sogenannten erneuerbaren Energien gebe. Zudem haben Sie die angeblich so teure Kernkraft abgeschaltet. Doch trotzdem wird es irgendwie nicht billiger. Das müssen wohl der Russe, Putin, die Chinesen oder Trump schuld sein. Irgendjemand muss wohl ins Werk pfuschen, weil die Strompreise ansonsten ständig sinken müssten.

Auch Erdgaspreise sind doppelt so hoch wie vor einigen Jahren. Sie schreiben es selbst: 3 Cent statt 1,5 Cent. Hierbei zeigt sich, dass die Russlandsanktion vor allen Dingen die deutschen Firmen trifft, denn andere Länder kommen wirtschaftlich deutlich besser voran. Anscheinend gibt es bei Erdgas wieder politische Preise. Glaubt hier irgendjemand, dass bei 20 Jahre umfassenden Erdgasverträgen, die man als Energiekonzern mit verschiedenen ausländischen Lieferanten aushandelt, irgendwo eine Komponente drinsteht: „Ich gebe Ihnen einen politischen Rabatt“? Ich glaube, man sollte sich im Vorfeld vielleicht ein bisschen informieren.

Zusätzlich zu den doppelt so hohen Gas- und Stromkosten kommen noch Kosten für CO_2-Zertifikate hinzu, die Sie allerdings nicht einmal auf 1 Tonne Stahl umrechnen können.

(Lachen von Antje Grothus [GRÜNE])

Dabei gibt es für den Stahlbereich sogar im Auftrag der Bundesregierung erstellte Studien, in denen ermittelt wurde, wie hoch der CO_2-Ausstoß pro Tonne Stahl ist. Zudem sind die CO_2-Preise an der Börse ersichtlich. Interessant ist, dass Sie nicht in der Lage sind, die Kosten für die Stahlbranche zu beziffern, obwohl es diese von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie gibt und obwohl die Preise bekannt sind. Es gibt jetzt nur zwei Möglichkeiten. Ihre Mitarbeiter und Sie kennen diese Studien nicht und können keine Börsenpreise ablesen. Oder Sie wollen diese Studien nicht kennen. Beides wäre kein gutes Zeichen.

104.000 Beschäftigte, die es noch im Jahr 2004 gab, zeigen, wie groß die Gefahr für eine ganze Region ist. Diese 104.000 Beschäftigten werden in die arbeitslose Klimaneutralität geschickt, wenn die Wirtschaftlichkeit der Stahlarbeiter bzw. der Stahlbranche nicht wiederhergestellt wird.

Es gibt zwei wichtige Passagen in Ihrem Bericht. Einmal geben Sie ein Faktum zu – Zitat –:

> „[D]er Übergang zu wasserstoffbasierten Direktreduktionsverfahren […] führt kurzfristig zu erhöhten Produktionskosten und Investitionsbedarfen."

Das heißt: Sie geben selbst zu, dass die Produktionskosten durch Ihre politischen Entscheidungen steigen. Hingegen kommt an einer anderen Stelle nur eine Vision bzw. ein Wunsch. Dort heißt es in Ihrem Bericht – Zitat –:

> „Förder- und Infrastrukturmaßnahmen sowie Skaleneffekte in der Wasserstoffproduktion können langfristig zur Reduktion der Mehrkosten beitragen […]."

Während also die Kostenerhöhung laut Ihrem Bericht sicher kommt, sind Reduktionen von Mehrkosten nur ein Kann-Fall. Glauben Sie mir: Die Industrieunternehmen können rechnen. Diese wissen, wie hoch die Belastungen aus CO_2-Zertifikat oder Wasserstoffverfahren sind und werden ihre Fabriken und ihre Stahlkessel Stück für Stück schließen. Jetzt wäre es an der Zeit, die politisch erzwungene Transformation zu beenden und diese Arbeitsplätze zu retten. Angesichts der Ausführungen zu anderen Punkten am heutigen Tage habe ich aber wenig Hoffnung.

Peter Blumenrath (CDU): Vorweg erst einmal ein herzliches Dankeschön an die Landesregierung für diesen guten Bericht, in der sie die Lage der Stahlindustrie in Deutschland, aber auch in Nordrhein-Westfalen beschreibt. Herr Loose, ich will ganz ehrlich sagen: Es ist eine Unverschämtheit, dass Sie faktisch Dinge wie die Zölle der Vereinigten Staaten und auch andere Handelspartner sowie die ganze Thematik der Energiepreise in den luftleeren Raum stellen, als ob das irgendwie durch Zufall passiert.

(Christian Loose [AfD]: Nee, daran sind sie schuld! Das weiß ich doch!)

Sie wissen genau, dass der russische Angriffskrieg auf die Ukraine auch Sanktionen bedarf. Dass Sie als AfD überhaupt kein Rückgrat und keine Haltung haben, ist ehrlicherweise immer wieder schockierend

(Christian Loose [AfD]: Haltung kostet Arbeitsplätze, Herr Kollege!)

und tatsächlich schwierig. Haltung ist aber politisch notwendig.

(Christian Loose [AfD]: Kostet Arbeitsplätze!)

Sie ist gerade im Umgang mit der AfD sehr wichtig.

(Christian Loose [AfD]: Sagen Sie das dem Stahlarbeiter!)

Nichtsdestotrotz ist auch die Frage …

(Christian Loose [AfD]: Ihre Haltung kostet Arbeitsplätze!)

Das Wort habe ich.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Jetzt muss ich aber einmal eingreifen und sagen: Herr Blumenrath hat das Wort.

Peter Blumenrath (CDU): Danke. Herr Vorsitzender. – Nichtsdestotrotz ist der politische Wille, Transformation zu betreiben, keine ideologische, sondern eine zwingend notwendige Idee. Deswegen ist es gut und richtig, dass das Land und auch die Bundesrepublik gesagt haben: Wir wollen den Stahlstandort Deutschland/NRW stützen, indem wir hier in Nordrhein-Westfalen das höchste Subventionsprogramm zur Transformation in der Stahlindustrie unterstützen.

Nichtsdestotrotz wissen wir, dass die Gesamtgemengelage in Europa durch den Druck von außen schwierig ist. Deswegen ist es richtig und gut, dass wir auf den Stahlgipfel hinarbeiten und gemeinsam mit Europa und dem Bund an einer guten Lösung arbeiten, damit die Wertschöpfungskette der Stahlindustrie bei uns in Nordrhein-Westfalen erhalten bleibt und für die daran hängenden Arbeitsplätze bei uns auch in Zukunft eine gute Perspektive besteht.

Auf unserer Seite ist deutlich geworden, dass Sie als Landesregierung – dabei haben Sie unseren Rückhalt – sich für die Stahlindustrie einsetzen. Ich muss wirklich sagen: Die ganzen Rahmenbedingungen bedürfen politischer Antworten. Diese sehe ich leider auf der Seite dieser Berichtsanfrage überhaupt nicht. Die Landesregierung ist gut aufgestellt.

Jan Matzoll (GRÜNE): Erst einmal als Replik an die AfD: Wenn wir es uns so einfach machen wollen, dann muss man sagen: Ihre Haltung kostet Menschenleben. Ich glaube, das ist das entscheidende Kriterium.

Wie schaffen wir eine klimaneutrale Transformation? Wie sorgen wir dafür, dass dieser Planet auch im nächsten Jahrhundert und am Ende dieses Jahrhunderts bewohnbar sein wird, unser Wohlstand nicht nur gehalten werden kann, sondern alle Menschen von diesem Wohlstand profitieren können, und nicht aufgrund von Klimaveränderungen verstärkte Fluchtbewegungen auftreten? Auf der Basis sind die Probleme deutlich größer als das, worüber wir uns heute unterhalten.

Ich will damit nicht kleinreden, vor welch großen Umbrüchen die Stahlindustrie steht und wie schwierig die Situation ist. Es hilft aber nichts, den Kopf in den Sand zu stecken. Nachdem die AfD sich die ganze Zeit überhaupt nicht für die Arbeitsplätze der Industrie interessiert hat, tun Sie jetzt so, als wären Sie diejenigen, die hinter der Stahlbranche und den Menschen in der Stahlindustrie ständen.

Es ist richtig und wichtig, dass wir sehr regelmäßig über dieses Thema sprechen und sehr differenziert darüber streiten. Gerade hat sich der Kollege der SPD, Herr Vogt, gemeldet. Wir können immer leidenschaftlich streiten, was das Thema angeht, aber wir sind uns in der Sache und hinsichtlich der Richtung einig, was zu tun ist. Wir sind uns vielleicht nicht immer darin einig, wie man das umsetzt. Wichtig ist, dass wir eine Sachdebatte führen und inhaltlich dabei sind. Das sind wir der Stahlindustrie und den Menschen schuldig, die dort arbeiten.

Bei den Meldungen der AfD ist mal wieder deutlich geworden, dass kein Interesse besteht. Im Grunde war der Beitrag zu 70 % recycelt. Sie haben es schon beim TOP davor gesagt. Deutlich wird: Es geht Ihnen nicht um die Stahlindustrie.

Ich bin sehr dankbar, dass die Landesregierung einen deutlichen Bericht vorgelegt und gesagt hat, wie die Situation ist. Sie redet nichts schön, sondern sie macht deutlich, vor welchen Herausforderungen wir stehen und dass es bei der Entwicklung bzw. bei der Transformation der Stahlbranche Aspekte gibt, die wir noch nicht hundertprozentig voraussagen können. Viele Parameter geben uns noch Fragezeichen mit. Es geht darum, mit klaren Rahmenbedingungen und mit klarer Unterstützung deutlich zu machen, dass sich diese Fragezeichen in ein klares und positives Ausrufezeichen verwandeln werden.

Alexander Vogt (SPD): Bevor ich zum Thema „Stahl“ komme: Herr Loose, Sie sagen, Haltung koste Arbeitsplätze. Wenn man den Satz weiterdenkt: Politik ohne Haltung zu machen, sagt sehr viel über Ihre Partei und Ihre Einstellung aus. Wenn man das wirklich zu Ende denkt, dann erkennt man, dass das ganz viele Bereiche betrifft, die sich gar nicht ausmalen können, welches grundsätzliches Verständnis Sie von Politikmachen haben.

(Beifall von der CDU)

Zum Thema „Stahlindustrie“: Von der Zielsetzung her, was Arbeitsplätze usw. angeht, sind wir gar nicht auseinander. Ja, wir streiten darüber, wie man mit bestimmten Dingen umgeht, wenn der Staat rund 2 Milliarden Euro als Förderung an ein Unternehmen zahlt. Es gibt die Diskussion darüber, was ein Staat dann absichert, was ein Unternehmen als Gegenleistung zu erbringen hat, was Standortgarantien und Arbeitsplätze angeht, und wie das Geld letztendlich für Investitionen oder für zukünftige Betriebssubventionierungen verteilt wird. Das Thema diskutieren wir die ganze Zeit rauf und runter.

Frau Ministerin, mich würde nur interessieren, weil die Summe von 700 Millionen Euro aus Nordrhein-Westfalen in dem Unternehmen für die Direktreduktionsanlage steckt: Gibt es dort irgendwelche aktuellen Entwicklungen, insbesondere im Hinblick auf die erhebliche Personalfluktuation an der Spitze von TKS? Gibt es dort irgendwelche Gespräche, über die Sie berichten können, oder irgendwelche aktuellen Entwicklungen, die für uns zur Bewertung irgendwie relevant sind?

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Nordrhein-Westfalen ist ein Industrie- und Wirtschaftsstandort, der alles in sich trägt, um sich aus einer Krise herauskämpfen zu können. Dabei ist es notwendig, dass man aufhört, pauschal schlechtzureden. Denjenigen, die sich denen anschließen, die sagen, das Recht des Stärkeren sei die neue Logik für eine Exportregion wie Nordrhein-Westfalen, lieber Herr Loose, sollte man deutlich widersprechen und deutlich machen – das ist gerade durch Herrn Schmidt vom RWI geschehen –, wer mit Sinn und Verstand bereit ist, eine einheitliche Informationssachstandslage zu akzeptieren, um unterschiedliche Meinungen diszipliniert zu bestreiten.

Der steigende internationale Wettbewerb gerade im Bereich „Stahl“, das Hereinpressen von vergünstigten Stahlprodukten zum Beispiel aus China, logischerweise Auswirkungen der Zollpolitik der Vereinigten Staaten, die nicht nur damit zu tun hat, dass dadurch die USA und Europa, sondern auch die USA und Kanada zu Handelsbarrieren geführt werden, die Auswirkungen auf kanadische Grundstoffindustrien und die Auswirkungen kanadischer Grundstoffe wiederum auf den europäischen Markt – all das sind Ursachen dafür, dass die Grundstoffindustrie Stahl gerade kämpft.

Die Frage, wie wir damit umgehen, hat Europa sehr gut beantwortet, finde ich. Die demokratischen Fraktionen in diesem Landtag sind in der Klarheit geeint, dass Europa im internationalen Wettbewerb mit den wachsenden Regionen des Globus nur dann eine Chance hat, wenn es zusammen, entschlossen und geschlossen handelt. Deswegen ist es bei der Frage, wie man mit Grundstoffindustrien umgeht, entscheidend, in Erinnerung zu rufen: Was hat Draghi Europa ins Aufgabenheft geschrieben? Er sagt: Arbeitet an der Wettbewerbsfähigkeit. Er sagt genauso: Sichert eure Unabhängigkeit.

Im Bericht ist es richtig beschrieben: Eine Transformation bedeutet einen temporären Anstieg von Produktionskosten, aber eine Langfristperspektive für eine Grundstoffproduktion, zu den dann transformierten Rahmenbedingungen in Europa. Warum? Weil Europa sich selbst damit ein Stück weit unabhängig davon machen, auf andere Regionen und vielleicht politische Regime angewiesen zu sein von, die eine Abhängigkeit für eine politische Erpressbarkeit nutzen wollen.

Um es deutlich zu sagen: Es gehört sich einfach nicht, dass Menschen in der Ukraine hier mit wirklich unsäglichen Kommentaren ausgestattet werden. Wir verfolgen in den Medien, dass Putins Russland Menschen mit Drohnen verfolgt und abknallt. Wer sich dem anschließen will und sagt, dass das für uns gar kein Problem sein könne, der widerspricht im selben Atemzug der grundgesetzlichen Art unserer Bundesrepublik, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, wir Sorge dafür tragen müssen, dass Menschen sicher und frei leben können, und wir als demokratische Parteien uns anstrengen müssen, Rahmenbedingungen zu setzen, die es möglich machen, eine Industrie durch schwierige Zeiten zu führen und daraus abgeleitet neue Stärke zu entwickeln.

Richtig ist: Ja, die wirtschaftliche Lage ist ernst. Ich beschönige sie nicht. Was genauso richtig ist: Sie ist nicht erst seit drei Jahren, seit Schwarz-Grün in der Regierung ist, im Bereich von Industrie und Produktivität ein Problem in Nordrhein-Westfalen, sondern seit sicher 25 Jahren gibt es eine Lücke zwischen bundesweiten und nordrhein-westfälischen Entwicklungen. Diese Landesregierung versucht darüber– ich spreche jetzt mit Blick auf den Einzelplan 14, den ich zusammen mit meinem Team aus dem Wirtschaftsministerium verantworten darf –, dass wir Investitionsanteile erhöhen und fast 60 % der Verausgabung in investive Maßnahmen fließen, um mit Steuergeldern, auch nordrhein-westfälischen Steuergeldern, zum Beispiel Projekte wie tkH_2Steel zu unterstützen, einen Rahmen zu setzen, der eine Planungssicherheit gibt und dringend notwendige private Investitionen anreizt.

Herr Vogt, um abschließend auf Ihre Frage einzugehen: Die bisherigen Gespräche zu möglichen Investitionen bei thyssenkrupp Stahl beinhalten die klare Zusage zu diesem Projekt tkH_2Steel. Uns ist nichts Gegenteiliges bekannt.

Christian Loose (AfD): NRW und Deutschland haben es immer wieder geschafft, aus einer Krise und aus Angriffen wieder herauszukommen; aus Angriffen von Externen und auch von innerhalb des Landes. Ihre Klimapolitik ist ein solcher Angriff auf unser Land. Auch Ihre Sanktionen waren ein Angriff auf unser Land. Sie sagen, Sie wollten damit einem ukrainischen Menschen irgendetwas geben. Diese Sanktion war das Dümmste – das Dümmste! – was Deutschland machen konnte. Russland hatte langfristige Verträge mit Deutschland bzw. mit deutschen Firmen, ölpreisgebunden, und hätte Gas zu günstigen Konditionen liefern können. Sie haben gesagt: Wir nehmen dieses Gas nicht mehr.

(Ministerin Mona Neubaur [MWIKE]: Quatsch!)

Was ist daraufhin passiert? Der weltweite Marktpreis ist gestiegen. Putin konnte dann zwar weniger Gas absetzen, weil die Gaspipelines nicht die Kapazitäten hatten, aber zu deutlich höheren Preisen. Ihre Sanktionen haben dazu geführt, dass Putin in den ersten zwölf Monaten diesen Krieg massiv finanzieren konnte. Putin hat dieses Gas nach China, nach Indien und in die Türkei verkauft. Darüber, über den Umweg, haben das dann deutsche Firmen gekauft. Das heißt: Ihre Sanktionen führen nicht dazu, dass es am Ende weniger Gas wird, sondern nur dazu, dass das Gas teurer wird. Ihre sogenannte Haltung, die Sie mit diesen Sanktionen zeigen, führt dazu, dass dieser Krieg finanziert wurde, Menschen leiden mussten und wir in Deutschland jetzt Arbeitsplätze verlieren.

Sie wollen die Abhängigkeit zum Beispiel mit Windrädern und PV-Anlagen aus China reduzieren. Wer liefert denn gerade keine seltenen Erden für die Rüstungsindustrie? China. Was passiert denn, wenn China nicht mehr liefert? Dann ist Ihre gesamte Industrie weg, die Sie auf Erneuerbaren aufbauen.

(Ministerin Mona Neubaur [MWIKE]: Wie gut, dass die AfD gute Konzepte hat!)

RWE stellt das Wasserstoffkonzept in Namibia ein. Sie wollen Wasserstoff für die Stahlbranche haben. Sie wissen nicht, woher das Ganze kommen soll. Zig Projekte, im Wasserstoffbereich werden eingestellt, und Sie erzählen uns hier etwas von Haltung.

(Ministerin Mona Neubaur [MWIKE]: Nee, Sie reden von Haltung!)

André Stinka (SPD): Herr Loose, es ist unmöglich. Ich will noch einmal auf das Thema „Haltung“ eingehen. Es war vorhin ein verräterischer Satz, dass Sie gesagt haben, Haltung koste Arbeitsplätze.

(Christian Loose [AfD]: Ich meine damit Ihre Haltung!)

Ich will an Herrn Vogt anknüpfen. Es ist gerade noch einmal deutlich geworden: Ihnen ist es – in Anführungszeichen – scheißegal, wie Produkte hergestellt werden. Gewerkschaften fordern Arbeitsstandards und wollen Mitbestimmung.

(Christian Loose [AfD]: Sie vernageln Verbrenner, und niemand fährt noch mit einem Elektroauto!)

– Sie sind jetzt nicht dran.

(Christian Loose [AfD]: Das ist verlogen!)

– Sie sind jetzt nicht dran. Wir sehen bei Ihnen ein Bild von Menschen, die bis zum Umfallen arbeiten können, und eine Wirtschaft, die so nicht mehr existiert. Wenn Sie ein bisschen wirtschaftlichen Verstand hätten, dann wüssten Sie, dass beispielsweise Rheinhausen in den 80er-Jahren geschlossen wurde – nicht wegen irgendwelcher Klimaziele, sondern weil es globale Märkte gibt. Deutschland hat sich in der Vergangenheit immer durch gute Produkte, die immer teuer waren, da herausgearbeitet. Schauen Sie sich Ihr Zahlenwirrwarr einmal an. Wir hatten immer hohe Lohn- und Energiekosten, aber wir waren in vielen Projekten führend, und das müssen wir jetzt wieder erreichen – mit Wettbewerbsfähigkeit und Innovation.

Ihr Blick der Abschottung führt nur dazu, dass man den Leuten suggeriert, es werde besser, aber wir werden das in Amerika sehen: Nach wenigen Jahren wird das böse Erwachen kommen, wenn die Produkte schlecht sind und sie auf der Welt nicht innovativ sind.

Ich als Sozialdemokrat bin stolz darauf, das wir menschliche Standards – Arbeitsschutz, Gewerkschaften und Mitbestimmung – haben. Ich weiß, dass der AfD Mitbestimmung egal ist. Sie haben hier permanent über die Gewerkschaften geschimpft. Sie schimpfen permanent über Verbandssprecher. Mir ist das nicht egal. Ich möchte, dass Menschen ein Auskommen haben, Arbeitsbedingungen vernünftig sind und wir Umweltstandards einhalten, denn das ist Fortschritt. Dafür arbeiten wir. Wir werden uns aus dieser Krise herausarbeiten, aber ganz sicher nicht mit Ihrem reaktionären, neoliberalen Weltbild, Herr Loose. Das will ich hier im Ausschuss einmal festhalten.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Ich schließe mich dem Kollegen Stinka an. Ich möchte noch einen weiteren Aspekt beleuchten. Ausgehend von dem, was Sie eben gesagt haben, dass Haltung Arbeitsplätze koste – warum das Unsinn ist, hat Kollege Stinka gerade erklärt –, möchte ich deutlich machen: Rückgratlosigkeit und keine Haltung kosten Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Ich weiß, dass Ihnen das egal ist, weil Sie die politische Kraft in Deutschland sind, die innerhalb Deutschlands unsere Demokratie und unsere Freiheit angreift.

Natürlich wünschen Sie sich eine schlagkräftige Schützenhilfe Ihrer Partner wie dem Kriegsverbrecher Putin. Dass wir als demokratische Fraktionen und als demokratische Parteien in diesem Land dem geschlossen gegenstehen, macht mir Mut. Das ist wichtig, aber alle sollten wissen, wo die AfD steht: nicht an der Seite unseres Grundgesetzes in Deutschland, sondern an der Seite des Kriegsverbrechers Putin.

(Beifall von den GRÜNEN und der FDP)

Dietmar Brockes (FDP): Ich kann mich dem Kollegen nur anschließen. Herr Loose, es ist sehr deutlich geworden, dass Sie und die AfD keine Haltung haben. Sie stehen weiter zu Ihrem Freund Putin, dem Despoten, der unsere Bürgerinnen und Bürger und

unsere freiheitliche Grundordnung ganz konkret bedroht. Das sind Ihre Freunde, und das zeigt, wo Sie in dieser Demokratie stehen, nämlich außerhalb.

(Beifall von den GRÜNEN)

Christian Loose (AfD): Herr Brockes, jetzt haben auch Sie einen tollen Applaus bekommen; sehr löblich. Es geht um Ihre Haltung, die Sie zeigen. Diese kostet Arbeitsplätze. Ich habe eine Woche, bevor Putin einmarschiert ist, hier im Landtag eine Rede gehalten, warum das Abschalten von Kohle- und Kernkraftwerken massiv dazu führt, dass Sie mehr Gas brauchen und sich Putin gerade kaputtlacht – eine Woche vor dem Krieg –, weil er sich an der deutschen Industrie bzw. an Deutschland dumm und dämlich verdient. Sie alle haben komplett auf die Abhängigkeit von Gas gesetzt.

(Dr. Christian Untrieser [CDU]: Dann wollen Sie es noch kaufen!)

– Wie bitte?

(Dr. Christian Untrieser [CDU]: Dann wollen Sie es noch kaufen! Das war vorhin Ihr Wortbeitrag! – Weiterer Zurufe – Heiterkeit von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Untrieser, Sie kaufen dort trotzdem das Gas, nur zu höheren Preisen. Sie haben uns in die Abhängigkeit getrieben. Ich habe davor gewarnt, dass Sie in diese Abhängigkeit kommen. Wenn Sie Gaskraftwerke haben, dann brauchen Sie natürlich Gas. Dass Sie Gaskraftwerke haben müssen, war Ihre Entscheidung: Braunkohlekraftwerke abschalten, Kernkraftwerke abschalten, Kohlekraftwerke abschalten. Es war Ihre Entscheidung, sich in die Abhängigkeit von Putin zu begeben, denn wer wäre der andere Lieferant? Es gibt doch gar keinen anderen Lieferanten als den im Osten. Sie können etwas aus Norwegen nehmen. In den Niederlanden ist es auch vorbei. Sie können LNG-Gas nehmen, aber das ist doppelt so teuer.

Das heißt: Hatten Sie die ganze Zeit vor, auf LNG-Gas zu setzen? Warum hat man mit Putin und mit Gazprom Verträge über 20 Jahre gemacht? Wollten Sie diese nie einhalten? Überlegen Sie doch einmal: Sie haben die deutsche Politik in die Abhängigkeit von Putin getrieben. Das habe ich Ihnen eine Woche vor seinem Einmarsch hier gesagt. Eine Woche nach dem Einmarsch habe ich Ihnen gesagt: Wir nehmen die ukrainischen Flüchtlinge auf. – Das noch einmal zur Information.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Ich will die Gelegenheit nutzen, sicherzustellen, dass wir eine gemeinsame Informationslage nutzen. Herr Loose, Sie haben gerade selbst erlebt, dass Sie sich innerhalb eines Tagesordnungspunkts dreimal widersprochen haben.

(Christian Loose [AfD]: Das können Sie ja nachlesen!)

Deswegen noch einmal die Fakten: Nicht wir haben das Gas abgestellt, sondern Putin hat den Gashahn zugedreht. Es ist gut, dass Europa die Kraft nutzen will, sich von fossilen Rohstoffimporten in Höhe von 70 Milliarden Euro allein für die Bundesrepublik Deutschland unabhängig zu machen. Das kann eine riesige wirtschaftliche sowie technologie- und innovationspolitische Chance für uns sein. Wenn wir die Kräfte sammeln

und die Vernünftigen der demokratischen Parteien mit der Zivilgesellschaft zusammenwirken, dann kann es sogar sein, damit der großen Generationenaufgabe, dem Anstieg der Durchschnittstemperatur der Erdatmosphäre etwas entgegenzusetzen, gerecht zu werden.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Da mir keine weitere Wortmeldung vorliegt, schließe ich damit diesen Tagesordnungspunkt.

4 Verwirklichung des Zentrums für zirkuläre Wertschöpfung Batteriezelle
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 3])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4159

Auf der einen Seite bringe die Landesregierung die hohe Bedeutung der Batterietechnik als Schlüssel- bzw. Zukunftsbranche zum Ausdruck, aber auf der anderen Seite laufe das Projekt „Zentrum für zirkuläre Wertschöpfung Batteriezelle“ nun sang- und klanglos aus, gibt **André Stinka (SPD)** zu bedenken. Das halte seine Fraktion in Anbetracht der Notwendigkeit von Innovationen und neuer Technologien in Nordrhein-Westfalen nicht nur für bedenklich, sondern das untergrabe zugleich die Glaubwürdigkeit der Landesregierung.

Die zwischen dem MWIKE und dem MKW getroffene Vereinbarung, mit den beteiligten Akteuren über mögliche Umsetzungsformen vor dem Hintergrund von Förderprogrammen auf Bundes- und EU-Ebene im Austausch zu bleiben, führe ihn zu der Frage, warum die Landesregierung in Anbetracht der Relevanz des Themas aktuell kein größeres Engagement erkennen lasse. Dass eine Förderung mit EFRE-Mitteln unter anderem aufgrund kurzer Fristen zu Problemen führe, sei im politischen Raum schließlich hinlänglich bekannt. Darüber hinaus zeichne sich die Gründung eines Industriekonsortiums zur Fortführung des Projektes nicht im Mindesten ab. Es fehle schlichtweg an einer Perspektive.

Dietmar Brockes (FDP) bittet die Landesregierung um Beantwortung der Frage, ob und wie sie die von ihr empfohlene Gründung eines Industriekonsortiums konkret zu unterstützen gedenke, damit das besagte Projekt am Leben erhalten werden könne. Im Übrigen schließe er sich der von seinem Vorredner gegenüber der Landesregierung vorgebrachten Kritik an.

Die demokratischen Fraktionen eine die Bewertung der Batterietechnologie als wichtiges und zentrales Thema sowie das Bedauern über bislang noch nicht erzielte Fortschritte, rekapituliert **Jan Matzoll (GRÜNE)**. In Bezug auf das Engagement der Landesregierung gingen die Einschätzungen allerdings auseinander.

Im Gesamtzusammenhang des Themas „Kreislaufwirtschaft“ eröffne sich durch das von der Bundesregierung initiierte Sondervermögen die Möglichkeit zu Investitionen in die Infrastruktur und zur Setzung von Parametern dergestalt, dass eine notwendige Eröffnung von Märkten im Bereich des Batterierecyclings, aber auch darüber hinaus gelingen könne. Produkte wiederzuverwenden und langlebige Bestandteile in Europa zu belassen, sei nicht nur ökologisch sinnvoll und notwendig, sondern aufgrund im globalen Kontext immer schwerer zu beschaffender Rohstoffe auch ökonomisch und aus Gründen der Resilienz dringend erforderlich.

Sowohl das Land als auch der Bund trage eine Verantwortung dafür, die Kreislaufwirtschaft in der laufenden Investitions- und Transformationsphase als zentrales Anliegen

zu adressieren und mit einem höheren Tempo als bisher zu realisieren, um in den kommenden Jahren die Innovationsfähigkeit Europas unter Beweis zu stellen und Europa zum Vorbild für die Welt zu machen. Dies erfordere tragfähige und am Markt erfolgreiche Konzepte und Business Cases.

NRW könne angesichts der hierzulande vorhandenen Kunststoff- und Chemieindustrie sowie des etwa in Dormagen betriebenen Batterierecyclings eine zentrale Rolle in diesem Prozess spielen. Die Kreislaufwirtschaft sei potenziell der entscheidende Schlüssel für das Wirtschaftswachstum im Land.

Die Landesregierung habe sich intensiv um die Verwirklichung des Zentrums für zirkuläre Wertschöpfung Batteriezelle bemüht, wie sich an der 100-prozentigen Eigenanteilfinanzierung deutlich erkennen lasse, betont **StS'in Silke Krebs (MWIKE)**. Mit Blick auf eine Gesamtfinanzierung bestehe landesseitig allerdings keine Möglichkeit, neben den Investitionskosten auch die Betriebskosten zu tragen.

Da es sich bei der Batteriezelle um eine industrielle Anwendung handele, sei die Idee zur Gründung eines Industriekonsortiums folgerichtig. Dies setze natürlich voraus, dass seitens der betreffenden Industriebetreibe ein Interesse daran bestehe, sich an den Betriebskosten zu beteiligen. Die Landesregierung sehe angesichts der hinlänglichen Bekanntheit des Projektes momentan keinen Ansatz, Unterstützung dabei zu leisten, ein solches Interesse zu wecken.

In Nordrhein-Westfalen herrsche in Bezug auf das Thema „Batterierecycling" eine sehr große Dynamik. Stellvertretend dafür stünden zum Beispiel die Start-ups cylib in Dormagen – das Unternehmen habe mit Unterstützung des Landes eine neue Recyclingtechnologie entwickeln und sich private Investitionen sehr erfolgreich sichern können – und Voltfang in Aachen. Bei einem entsprechenden Projekt in Ibbenbüren müsse die Betriebskostenfinanzierung noch durch industrielle Beteiligungen abgesichert werden.

5 CO-Pipeline von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4158

– keine Wortbeiträge

6 Luft- und Raumfahrtstrategie *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4166

Einen dem Berichtswunsch vorausgegangenen Antrag der FDP-Fraktion zur Entwicklung einer gemeinsamen Luft- und Raumfahrtstrategie für Nordrhein-Westfalen von Juni vergangenen Jahres hätten die Koalitionsfraktionen mit dem Hinweis abgelehnt, dass die Landesregierung längst damit befasst sei, leitet **Dietmar Brockes (FDP)** ein. Zum Jahresende solle nach Aussage der Landesregierung eine entsprechende Veröffentlichung bezüglich der Luftfahrt folgen. Er bitte nun um Auskunft darüber, ob dieser Zeitplan eingehalten werden könne und ob die Landesregierung bis zum Jahresende zudem eine von den Sachverständigen in der durchgeführten Anhörung empfohlene eigenständige Landesstrategie für Raumfahrt vorlegen werde.

Als dritter großer Bereich in diesem Kontext – untereinander existierten vielerlei Verknüpfungen und Verbindungen – gewinne das Thema „Defence“ angesichts der Existenz großer Player im Land immer stärker an Bedeutung. Die Landesregierung möge Stellung dazu beziehen, inwieweit die in Arbeit befindlichen Strategien eine Vernetzung mit dem bzw. Durchlässigkeit für den jeweils anderen Bereich beinhalteten.

Er sehe große Gemeinsamkeiten zwischen FDP und regierungstragenden Fraktionen in Bezug auf die zur Rede stehenden Strategien für Luft- und Raumfahrt und die bestehenden Verknüpfungen untereinander sowie mit dem Bereich „Defence“, bekräftigt **Jan Matzoll (GRÜNE)**. In Anbetracht der von der FDP-Fraktion mit Kalkül betriebenen Zuspitzungen und Zuweisungen dürfe die ablehnende Haltung der regierungstragenden Fraktionen gegenüber deren Antrag jedoch nicht verwundern.

Seine Frage gehe in eine ähnliche Richtung, wie sie sein Vorredner eingeschlagen habe, womit ein weiteres Mal die von ihm beschriebene grundsätzliche Einigkeit zum Tragen komme. Er wolle wissen, wie die Landesregierung einen Zugang mittelständischer Betriebe insbesondere aus der Automotivbranche zu diesen Zukunftsmärkten – Luftfahrt, Raumfahrt und Defence – vorantreibe. Angesichts der Auftragslage in der Automobilindustrie bestehe unabhängig von den zu entwickelnden Strategien eine Notwendigkeit, entsprechende Netzwerke auf Landesebene dahin gehend zu aktivieren.

Sie könne nur unterstreichen, dass die von ihrem Vorredner beschriebene Einbeziehung mittelständischer Betriebe aus der Automobilindustrie, aber auch von Start-ups in den Bereich „Defence“ ein zentrales Thema darstelle, um Technologiebedarfe etwa bei der Entwicklung von Drohnen und in der Cybersicherheit zu decken, die trotz bewährter Player in der Verteidigungsindustrie bestünden, hebt **StS’in Silke Krebs (MWIKE)** hervor. Die Landesregierung bemühe sich, eine Anlaufstelle für Unternehmen zu schaffen und diese mit entsprechenden Informationen zu versorgen.

Ein Zugang zu diesem Bereich erfordere allerdings umfangreiche Sicherheitsüberprüfungen und bedeute weitere Anforderungen an Unternehmen. Die Frage, ob sich diese aufwendigen Vorbereitungen rentierten, müsse in jedem Einzelfall rechtzeitig beantwortet werden, wofür sich die Landesregierung einsetze.

Außerdem befinde sich die Landesregierung auf unterschiedlichen Ebenen in Gesprächen mit maßgeblichen Akteuren im Verteidigungsministerium und in der Bundeswehr, um Aufmerksamkeit für das große Potenzial in NRW zu schaffen und Möglichkeiten für heimische Unternehmen zu eröffnen, diese neuen wirtschaftlichen Chancen zu ergreifen und zugleich einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit im Land beizutragen.

Die drei eingangs beschriebenen Säulen „Raumfahrt“, „Luftfahrt“ und „Defence“ betrachte die Landesregierung nicht unabhängig voneinander, sondern sie lokalisiere und nutze Synergien, um Wertschöpfung zu generieren, knüpft **Ministerin Mona Neubaur (MWIKE)** an. Überschneidungen von Raumfahrt und Defence lägen darin begründet, dass die Sicherheit auch im Weltraum verteidigt werde.

Eine satellitengestützte Datengewinnung könne zum Beispiel durch die Klimakrise induzierte Veränderungen für das Leben auf der Erde aufzeigen. In Sachen „Satellitenkommunikation“ bestehe in NRW ohnehin ein Aufholbedarf mit dem Ziel, sich nicht von Akteuren abhängig zu machen, die ihre Satelliten willkürlich abschalteten und eine Kommunikation dann unmöglich machten. Sie begrüße daher ausdrücklich die Ansiedlung des GOVSATCOM Hubs am Flughafen Köln/Bonn als Basis für eine sichere europäische Satellitenkommunikation.

Dank der starken Position Nordrhein-Westfalens in diesem Bereich, hinter Bayern und auf ungefähr gleichem Rang wie Baden-Württemberg, könne es aufgrund der großen Systemhäuser und eines starken Mittelstands als Zulieferer für die Luftfahrtindustrie gelingen, Wertschöpfungsketten weiter zu verstetigen und Kapazitäten der strauchelnden Automotivbranche nutzbar zu machen. Beispielhaft für dieses Vorhaben stehe die Bildung des Clusters DEFENCE.NRW, in dem das Land Nordrhein-Westfalen seine Aktivitäten zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bündele. Darin zusammengeführt habe man unter anderem den Technologiecluster NMWP.NRW und AeroSpace.NRW, das NRW-Netzwerk der Luft- und Raumfahrtindustrie.

7 Bis zu 152 Castortransporte von Jülich nach Ahaus genehmigt – Die Landesregierung muss nun endlich Transparenz herstellen *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlage 6])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4157

Trotz der ablehnenden Haltung der Landesregierung würden Castortransporte in absehbarer Zeit durch Nordrhein-Westfalen rollen, betont **Dietmar Brockes (FDP)**. Daher halte er deutlich mehr Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit für erforderlich.

Die Landesregierung berichte über eine abschließende Bewertung der Erbebensicherheit und Seismik am Zwischenlagerstandort Jülich durch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) im Jahr 2022 nach langjähriger Prüfung, mache aber keine Angaben dazu, wie das Prüfungsergebnis ausgefallen sei, worum er nun bitte. Er gehe von der Existenz eines Gutachtens oder dergleichen aus.

Zudem bitte er die Landesregierung eingedenk ihrer Aussage, derartige Informationen nicht breit zu streuen, im öffentlichen Interesse dennoch um Auskunft zum Zeitplan und zum Verfahrensstand bei den Koordinierungsgesprächen, die laut Landesregierung mindestens acht Wochen vor dem Transport stattfinden sollten.

Die Landesregierung habe in ihrem Bericht den zeitlichen Ablauf dargestellt und die Verantwortlichkeiten klar benannt, schildert **Norika Creuzmann (GRÜNE)**.

Angesichts der weltpolitischen Lage interessiere es sie, zu erfahren, ob das Zwischenlager Ahaus potenziellen Terrorangriffen standhalten könne bzw. wie die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung entsprechende Sicherheitsvorkehrungen umsetze. Zudem wolle sie angesichts Unmengen von Castorbehältern in Ahaus und in Garching bei München in Erfahrung bringen, wie das BGZ die Verlängerung der auslaufenden Transportgenehmigungen sicherzustellen gedenke

Da die Landesregierung die Beteiligungsverhältnisse von Bund und Land an der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) im Falle eines Neubaus in ihrem Bericht als nicht sachgerecht beschreibe, wolle er wissen, ab wann die Landesregierung angesichts des Haushaltsbeschlusses 2022, in dem sich diese nicht sachgerechte Aufteilung manifestiere, Kenntnis davon hatte und ob sie beabsichtige, daran Änderungen vorzunehmen, so **André Stinka (SPD)**.

Nach Ansicht des BASE stehe die Erdbebensicherheit einer Aufbewahrungsgenehmigung für Kernbrennstoffe in Bezug auf das Zwischenlager Jülich nicht entgegen, erläutert **StS'in Silke Krebs (MWIKE)**. Weitere Auskünfte dazu könne nicht die Landesregierung, sondern nur das BASE selbst erteilen, das Gutachten zur Erdbebensicherheit aus nachvollziehbaren Gründen sicherlich nicht öffentlich machen werde.

Im Hinblick auf das Zwischenlager Ahaus habe die Landesregierung den Bund wiederholt darauf hingewiesen, dass sie eine Verlagerung von radioaktivem Material in ein Lager mit in naher Zukunft auslaufender Genehmigung nicht für ratsam halte und die Erstellung eines bundesweiten Gesamtkonzeptes für die Zwischenlager empfehle. Deren Genehmigungen würden nämlich bis Mitte bzw. Ende der 2030er-Jahre erlöschen.

Obwohl sich der Bund um eine Beschleunigung im Zusammenhang mit der Endlagerung bemühe, werde das Verfahren noch einige Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Daher müsse der Bund klären – die Landesregierung habe dies kommuniziert –, für welche Zwischenlager mit entsprechenden Sicherheitsstandards eine rechtzeitige Verlängerung der Aufbewahrungsgenehmigung vorgesehen sei. Näheres dazu könne nur vonseiten der BGZ als zuständige Institution des Bundes bekanntgegeben werden. Nach Einschätzung der Landesregierung handele es sich bei der Wiedergenehmigung von Zwischenlagern allerdings um einen komplexen Sachverhalt.

Der Hinweis auf die nicht sachgemäße Aufteilung der Mittel des Bundes und des Landes für die JEN stehe im Zusammenhang mit dem Vorschlag der vollumfänglichen Finanzierung eines Lagerneubaus am Standort Jülich durch das Land, der im Widerspruch zu der anteiligen Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Land für die Lagerung in Jülich stehe. Ein Neubau komme nach Ansicht der Landesregierung nur dann infrage, wenn diese Finanzierungsvereinbarung berücksichtigt werde und die Zeit bis zur Fertigstellung eines solchen Neubaus durch eine Verlängerung der Genehmigung für das bestehende Zwischenlager überbrückt werde.

Das Koordinierungsgespräch habe am 23. September 2025 im Polizeipräsidium in Münster stattgefunden, ergänzt **MR Dr. Martin Lange (MWIKE)**.

8 Haldenbrände in NRW: Welche Chancen und Risiken bietet das unverhoffte Erbe des Bergbaus? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 7])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/425

– keine Wortbeiträge

9 Verschiedenes

hier: **Gutachten zur illegalen Abfallentsorgung im Tagebau Garzweiler**

Vorsitzender Dr. Robin Korte weist auf eine kurzfristig per E-Mail an alle Mitglieder des AWIKE und des Unterausschusses Bergbausicherheit verschickte Information des MWIKE hin, wonach im Laufe des heutigen Vormittags die per Link abrufbaren Gutachten zu dem Verdacht der illegalen Abfallentsorgung im Tagebau Garzweiler veröffentlicht würden. Diese Terminierung hänge mit der heutigen Sitzung des Umweltausschusses zusammen, der sich aktuell mit dieser Thematik beschäftige.

gez. Dr. Robin Korte
Vorsitzender

7 Anlagen
01.12.2025/02.12.2025

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

KONJUNKTURELLER AUSBLICK FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN HERBST 2025

Wirtschaftsausschuss des Landtags NRW

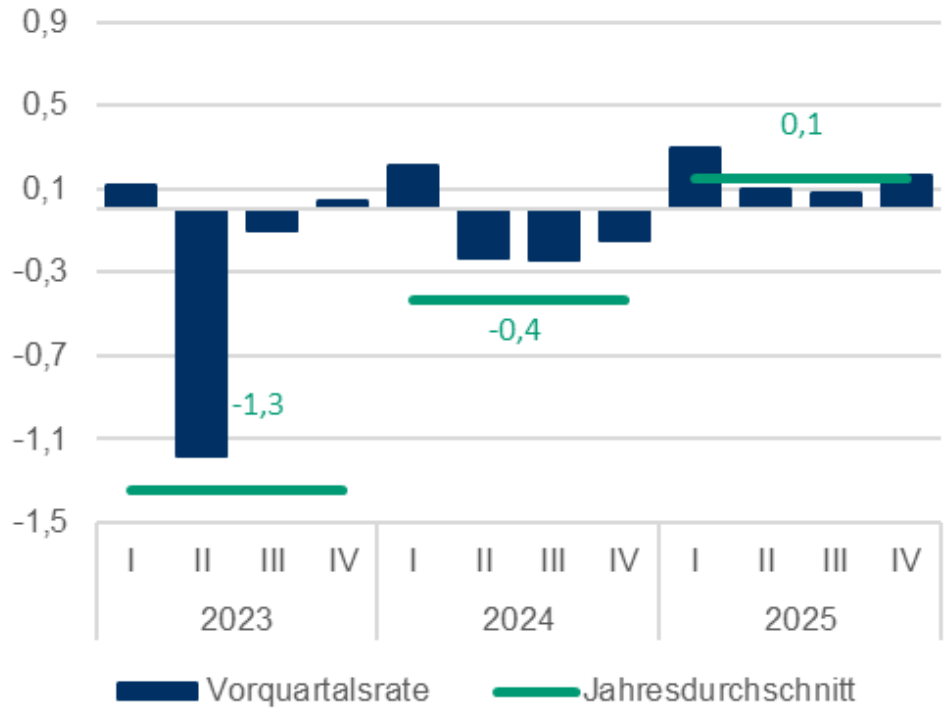
29. Oktober 2025

Prof. Dr. Torsten Schmidt

RWI und RUB

ABSCHWÄCHUNG NACH GUTEM JAHRESAUFTAKT

Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in Nordrhein-Westfalen
2023 bis 2025; Vorquartalsraten und Jahresraten in %

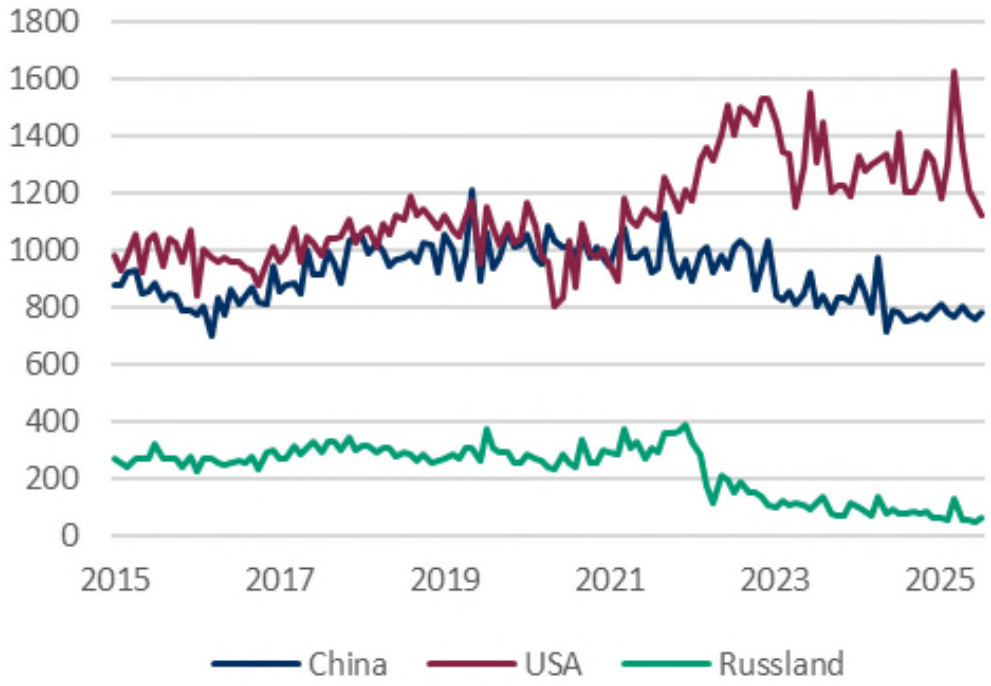


Eigene Berechnungen nach Angaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder".

- In Nordrhein-Westfalen war die Wirtschaftsleistung auch in der ersten Jahreshälfte rückläufig.
- Während das BIP in Deutschland insgesamt stagnierte, ging es in NRW in den ersten sechs Monaten um 0,2% zurück.
- Hauptgrund dafür ist, dass sich die Anpassung der Industrie an das neue Umfeld durch höhere Energiepreise und schärferen internationalen Wettbewerb noch fortgesetzt hat.
- Dennoch deuten bis in den Spätsommer einige Indikatoren für Deutschland und NRW auf ein Ende der ausgeprägten Schwächephase hin. Insbesondere die Erwartungen in der IHK-Umfrage haben sich im Frühsommer deutlich verbessert.
- In der jüngsten Umfrage setzte sich die Verbesserung allerdings nicht fort.

AUSFUHREN IN VIELE REGIONEN BELASTET

NRW-Ausfuhren in ausgewählte Länder
2015,1 bis 2025,7; in Mio. Euro

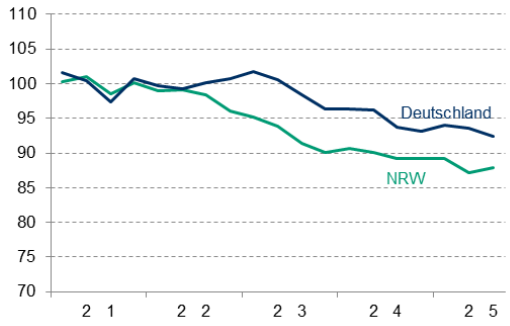


Eigene Berechnungen nach Angaben von IT.NRW. Saisonbereinigt mit X13.

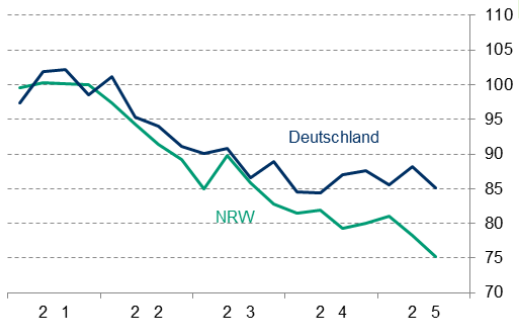
- Ausfuhren sind aus mehreren Gründen belastet.
- Exporte nach China leiden unter einem stärkeren Wettbewerb.
- Ausfuhren nach Russland gehen durch die Sanktionen zurück.
- Ausfuhren in die USA leiden unter den jüngsten US-Zöllen.
- Derzeit werden die Ausfuhren durch die Nachfrage aus europäischen Ländern, wie Frankreich und Spanien gestützt.
- Insgesamt koppeln sich die Exporte vom Welthandel ab.

PRODUKTIONSINDIZES IN AUSGEWÄHLTEN BRANCHEN DES VERARBEITENDEN GEWERBES

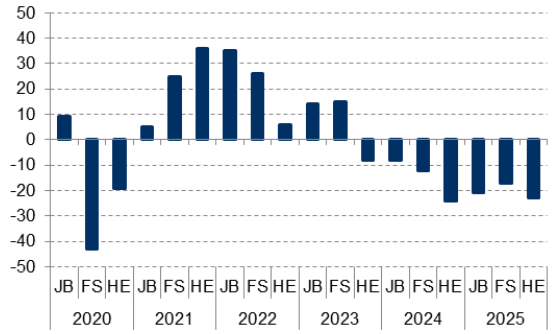
Produktion im Produzierenden Gewerbe



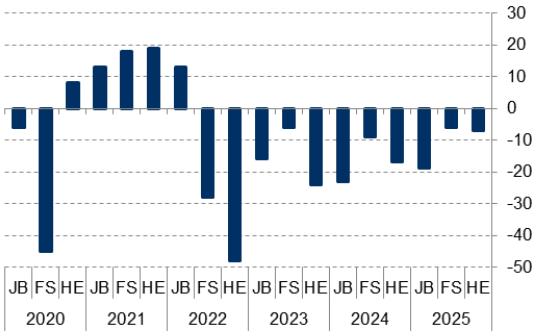
Auftragseingänge



Geschäftslage IHK



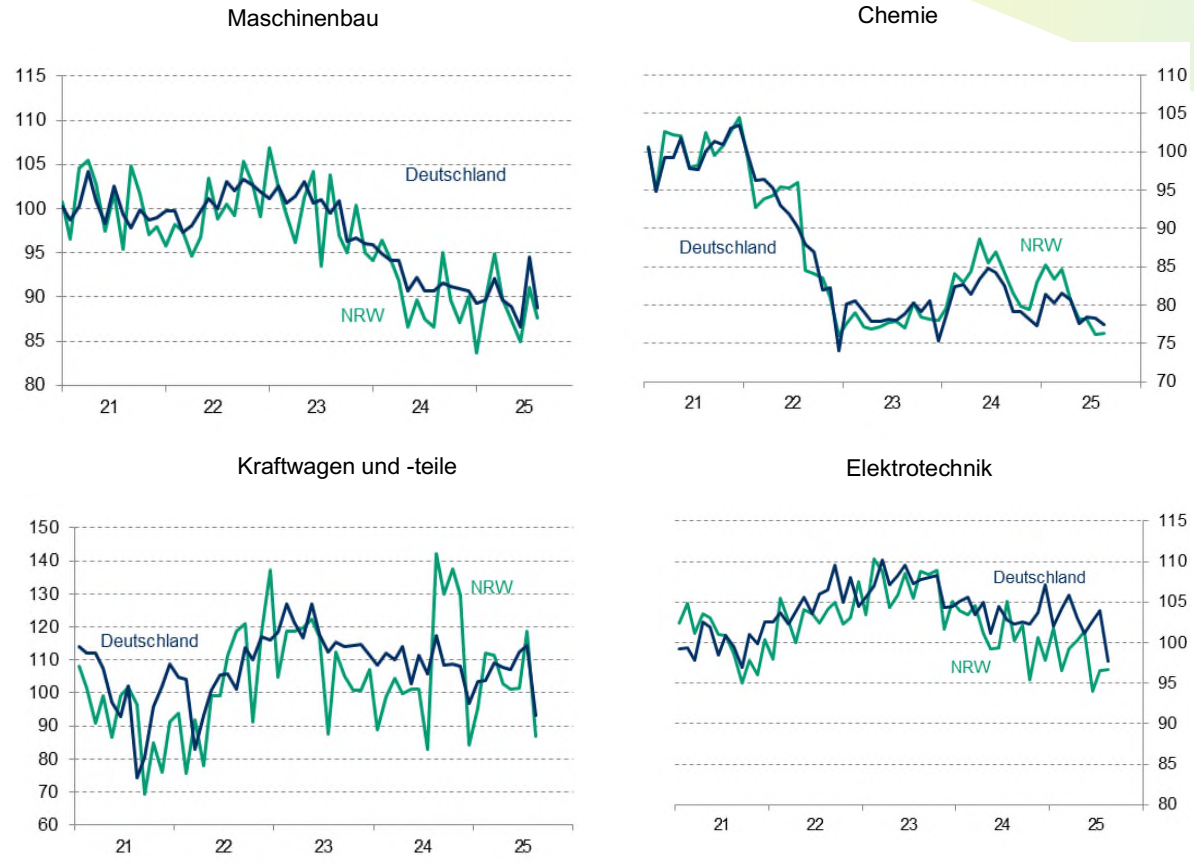
Geschäftserwartungen IHK



- Die Produktion und die Auftragseingänge sind nach einer Stabilisierung zu Jahresbeginn nochmals zurückgegangen.
- Auch die Unternehmensumfragen der IHKs in NRW haben in der jüngsten Befragung insbesondere bei der Lagebeurteiung einen Dämpfer erhalten.
- Die Geschäftserwartungen haben sich dagegen nur geringfügig verschlechtert.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, von IT.NRW und von IHK-NRW.

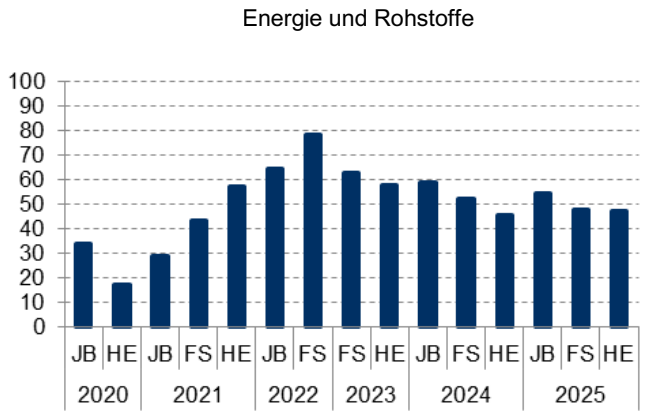
PRODUKTIONSINDIZES IN AUSGEWÄHLTEN BRANCHEN DES VERARBEITENDEN GEWERBES

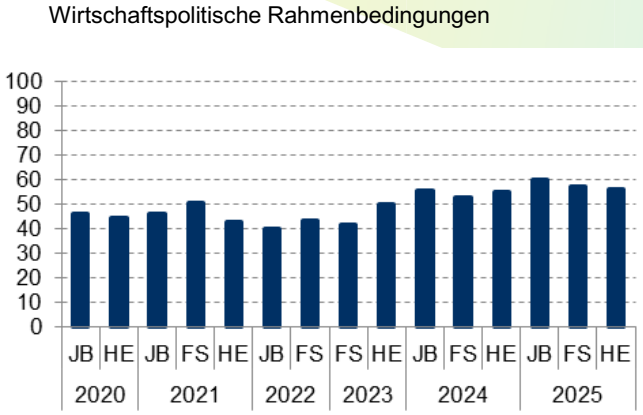


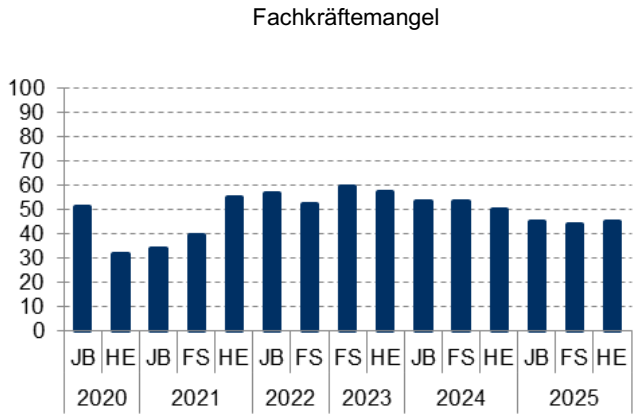
Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und von IT.NRW.

- Die Produktion in NRW hat sich in nahezu allen Bereichen stabilisiert.
- Die zu Beginn des Jahres zu beobachtende Erholung hat sich nicht fortgesetzt.
- Insbesondere in der Chemie ist die Produktion wieder deutlich gesunken.
- In der Automobilindustrie scheint die Produktion durch Sondereffekte verzerrt.
- Lediglich in der Elektrotechnik ist die Stabilisierung noch nicht deutlich erkennbar.

AUSBLICK: STRUKTURPROBLEME DÜRFTEN FINANZPOLITISCHE IMPULSE DÄMPFEN





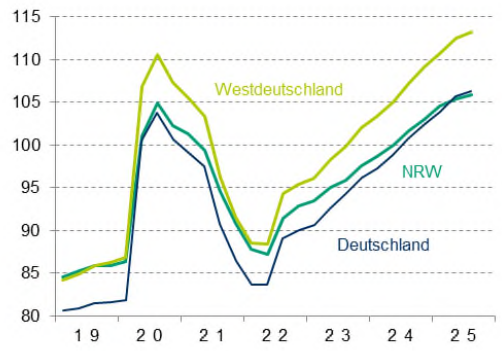


- Die jüngsten Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung in NRW lassen keine kurzfristige durchgreifende Erholung erwarten.
- Im nächsten Jahr sind deutliche Steigerungen der öffentlichen Ausgaben zu erwarten. Insgesamt rechnen wir nach wie vor damit, dass das BIP durch diese Maßnahmen um 0,5% höher ausfallen wird.
- Allerdings bestehen die strukturellen Probleme fort. Dadurch werden die üblichen Wirkungszusammenhänge in konjunkturellen Erholungsphasen gestört.

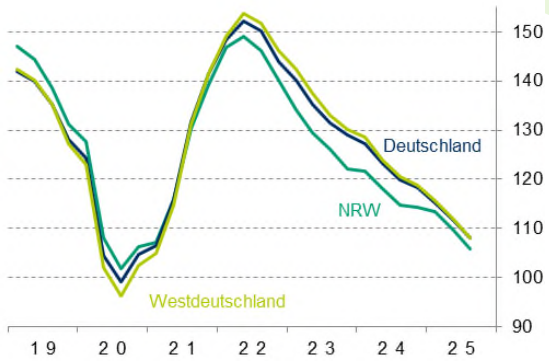
Umfragen der Industrie- und Handelskammern NRWs unter ihren Mitgliedern.

KAUM BESSERUNG AM ARBEITSMARKT

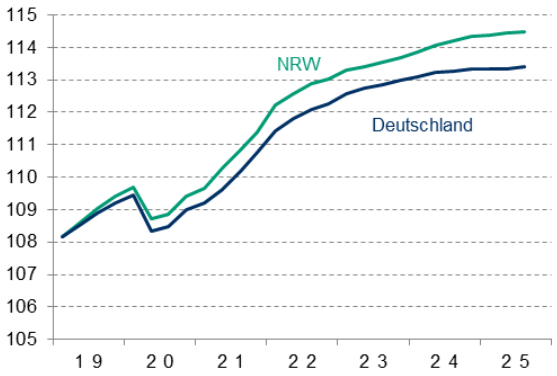
Arbeitslose



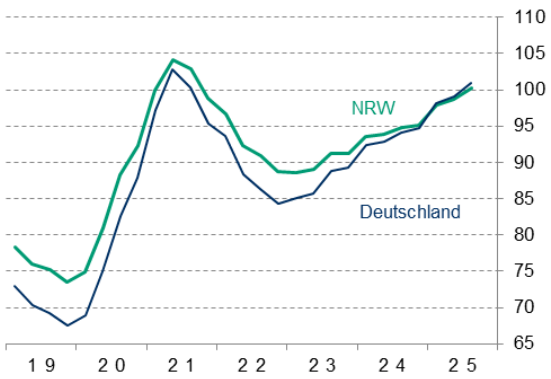
Offene Stellen



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Langzeitarbeitslose



- Aufgrund der anhaltenden strukturellen Probleme in der Industrie hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt kontinuierlich verschlechtert.
- Die Beschäftigung ist aber stärker gestiegen als im Bund.
- Zum ersten Mal seit Anfang des Jahres 2020 ist der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in NRW zum Erliegen gekommen. Im dritten Quartal 2025 stagnierte der Beschäftigungsaufbau.
- Die Arbeitslosenquote in NRW dürfte im Jahr 2025 bei durchschnittlich 7,8% liegen – nach 7,6% im Vorjahr. Im Jahresdurschnitt 2026 ist wieder eine Quote von 7,6% zu erwarten.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit und der Bundesbank.

BRUTTOINLANDSPRODUKT UND BRUTTOWERTSCHÖPFUNG IN NORDRHEIN-WESTFALEN IN AUSGEWÄHLTEN BEREICHEN

	2022	2023	2024	2025[P]	2026[P]
Bruttoinlandsprodukt	0,3	-1,3	-0,4	0,1	1,1
Bruttowertschöpfung aller Produktionsbereiche	0,6	-0,9	-0,5	0,1	1,1
darunter:					
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-5,7	-4,7	-3,3	-1,1	0,8
Baugewerbe	-9,9	-0,1	-4,7	-1,0	1,3
Dienstleistungsbereiche	3,1	0,1	0,7	0,5	1,2
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	3,2	-1,3	0,0	0,4	1,3
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmens-dienstleister[2]	0,3	0,6	-0,2	-0,3	1,0
Öffentliche und sonstige Dienstleister[3]	6,0	1,0	2,1	1,3	1,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. – [1]In konstanten Preisen des Vorjahres – [2]Einschl. Grundstücks- u. Wohnungswesen. – [3]Einschl. Erziehung, Gesundheit und Private Haushalte. – [P]Eigene Prognose.

Anschreiben per Email

An
Herrn Ausschussvorsitzenden
Dr. Robin Korte MdL
- Im Hause -

Datum: 28.07.2025

Sehr geehrter Herr Dr. Korte,

für die Sitzung des Ausschusses Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 10.09.2025 beantrage ich für die Fraktion Alternative für Deutschland den folgenden Tagesordnungspunkt mit der höflichen Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu:

„Dramatische Lage der Stahlindustrie – Umsatz- und Produktionsrückgänge sowie Kostenbelastungen durch den sogenannten Dekarbonisierungspfad: Wie sichert die Landesregierung die Wertschöpfung und Beschäftigung in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie?“

Die deutsche Stahlproduktion ist im 1. Halbjahr 2025 um 11,8 % auf 17,1 Mio. Tonnen Rohstahl eingebrochen. Hochgerechnet, prognostiziert die „Wirtschaftsvereinigung Stahl“ für das Gesamtjahr 2025 nur noch eine Produktion von rund 29 Mio. Tonnen – den niedrigsten Wert in der Geschichte des Standortes.[1]

Die Ursachen sind schwache Nachfrage sowie zunehmender Importdruck, insbesondere die hohen Energiekosten.[2] Weitere Belastungen kommen auf die Stahlproduzenten zu. Bei der Verwendung von grünem Wasserstoff in Direktdeduktionsanlagen würden sich Prognosen zufolge die Produktionskosten auf rund 860 Euro je Tonne belaufen – im Unterschied zu 440 Euro je Tonne bei der Nutzung der herkömmlichen Hochofenroute, dies sogar einschließlich einer möglichen, ebenfalls bereits kostentreibenden Speicherung des innerhalb der Produktion anfallenden CO_2.[3]

Da Nordrhein-Westfalen den größten Teil der deutschen Stahlstandorte (u. a. Thyssenkrupp Steel, HKM, ArcelorMittal) mit rund 46 000 Beschäftigten beheimatet[4], bitte ich die Landesregierung, umfassend über die aktuelle Lage, Risiken für den Stahlstandort NRW sowie geplante und laufende Maßnahmen zur Sicherung von Wertschöpfung, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit zu berichten. Bitte beantworten Sie hierzu insbesondere die folgenden Fragen:

1. Wie haben sich Produktion (Roh- und Walzstahl), Kapazitätsauslastung und Auftragseingänge der NRW-Stahlwerke seit 2020 einschließlich des ersten Halbjahres 2025 entwickelt?
2. Welche Werke haben seit 2020 Hochöfen oder Elektroöfen stillgelegt, Anlagen in Warmhaltung versetzt oder Kurzarbeit angezeigt und in welchem Umfang (Kapazitäten, Beschäftigte)?

---

[1] Vgl. https://www.welt.de/wirtschaft/article256417704/halbjahresbilanz-stahlindustrie-droht-historisch-schlechtes-jahr.html?icid=search.product.onsitesearch, abgerufen am 25.07.2025.
[2] Vgl. https://www.wvstahl.de/statements/strompreis-versprechen-jetzt-einloesen/?utm_source=chatgpt.com, abgerufen an 25.07.2025.
[3] Vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1557200/umfrage/prognostiziere-kosten-technologien-stahlproduktion/, abgerufen am 24.07.2025.
[4] Vgl. https://www.wirtschaft.nrw/stahl-und-metalle, abgerufen am 21.07.2025.

3. Wie hoch waren die direkten CO_2-Kosten (EU-ETS) je Tonne Rohstahl bei Hochofen-Konverter-Standorten in NRW in den Jahren 2020, 2021, 2022, 2023, 2024 und im 1. Halbjahr 2025?
4. Welchen Anteil an den Gesamtherstellungskosten machten in diesem Zeitraum Energie (Strom, Erdgas, Kokskohle) und CO_2-Zertifikate in Euro je Tonne und in prozentualem Anteil jeweils aus?
5. Welche Annahmen trifft die Landesregierung zu den Mehrkosten je Tonne, bei Umstellung der Herstellung unter Verwendung von grünem Wasserstoff?
6. Wann rechnet die Landesregierung mit der Fertigstellung der Wasserstoffleitung „GET H_2“ (Leverkusen – Duisburg – Gelsenkirchen) und dem Anschluss der westdeutschen Stahlwerke an das nationale H_2-Backbone?
7. Wann wird der von verschiedenen Organisationen geforderte, nationale Stahlgipfel stattfinden?

Vielen Dank,

mit freundlichen Grüßen

Christian Loose

Christian Loose MdL

Christian Loose
Mitglied des Landtags (MdL)
Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klima und Energie

AfD-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211 – 884 45 06
Büro Öffnungszeiten:
Mo-Do: 10-15.00 Uhr und n.V.
Fr.: n.V.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

André Stinka MdL
Sprecher für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 38
andre.stinka@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

22.08.2025

Berichtsanfrage zum Thema „Verwirklichung des Zentrums für zirkuläre Wertschöpfung Batteriezelle“ zur 76. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 10. September 2025

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anschließend an unsere Berichtsanfrage „Akkus leer bei der Landesregierung: Vorzeigeprojekt zum Batterie-Recycling in Ibbenbüren vor dem Aus?“ vom 8. November 2024 bitten wir die Landesregierung für die nächste ordentliche Ausschusssitzung am 10. September um eine aktuelle Einschätzung zur Verwirklichung des Projekts des Zentrums für zirkuläre Wertschöpfung Batteriezelle (ZZWB) im münsterländischen Ibbenbüren.

Dieses wichtige Projekt soll das Batterierecycling in NRW entwickeln und skalieren, um wertvolle Rohstoffe wie Nickel, Lithium und Kobalt im Kreislauf zu führen und in diesen Zukunftstechnologien eine Vorreiterrolle einzunehmen. Batterietechnik ist eine entscheidende Zukunftstechnologie nicht nur für E-Mobilität, die Elektrifizierung von Industrieprozessen oder den Ausgleich der Netzspannung im Stromnetz durch Batteriespeicher, sondern ist auch Anwendungsfeld für die ansässige Grundstoffindustrie aus Metall- und Chemiesektor in Nordrhein-Westfalen. Batterierecycling nimmt vor diesem Hintergrund der wirtschaftlichen Wertschöpfung, dem Ziel der Kreislaufwirtschaft und der größeren wirtschaftlichen und geopolitischen Souveränität eine bedeutende Rolle ein.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

Das Projekt in Ibbenbüren drohte daran zu scheitern, dass die Landesregierung keine Förderzugänge als nach dem EFRE-Programm bereitstellen konnte, die aufgrund kurzer zeitlicher Fristen, des Investitionsrisikos für die Vorhabenträger und nicht förderfähiger Betriebskosten ungeeignet für das Projekt erschienen. Das ändert nichts an der wirtschaftlichen Bedeutung des Vorhabens.

In der Ausschusssitzung am 20. November 2024 sagte Frau Ministerin Neubaur: „Die Kolleginnen im Ministerium und die Hausspitze des Ministeriums verfolgen aber nach Kräften das Ziel, alles anzubieten, damit das Konsortium einen Weg findet, zurückzukehren, um daran zu arbeiten, dass aus EFRE-Mitteln Gebäude und Infrastruktur zu 100 % bezahlt werden können und dieses wichtige Projekt Realität werden kann.“[1]

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen und mündlichen Bericht zu den Fragen:

1. Wie bewertet die Landesregierung heute die Verwirklichungschancen des Projekts der ZZWB am Standort Ibbenbüren?
2. Welche Hilfestellungen hat das MWIKE dem Konsortium für das Projekt des ZZWB in Ibbenbüren seit November 2024 konkret angeboten?
3. Sieht die Landesregierung jenseits von EFRE andere finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten des Projekts, durch welche auch die engen Zeitfristen nach EFRE nicht einschlägig wären?
4. Wenn nicht: wieso sind keine anderen Haushaltsmittel des MWIKE für eine Förderung nutzbar?
5. Wie unterstützt die Landesregierung das Batterierecycling in Nordrhein-Westfalen ansonsten – und aus welchen Mitteln?

Mit freundlichen Grüßen

André Stinka MdL

[1] APr 18/748 vom 20.11.2024, S. 31.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

André Stinka MdL
Sprecher für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 38
andre.stinka@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

22.08.2025

Berichtsanfrage zum Thema „CO-Pipeline von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen“ zur 76. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 10. September 2025

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

mit Beschlüssen vom 24. Januar 2025 hat das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen die letzten beiden anhängigen Klageverfahren der Stadt Hilden gegen den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Düsseldorf zur Errichtung und zum Betrieb der CO-Pipeline von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen rechtskräftig abgeschlossen. Damit sind sämtliche Verfahren in dieser Sache juristisch erfolglos geblieben.

Die rund 67 Kilometer lange Rohrfernleitungsanlage soll die linksrheinischen Chemieparks der heutigen Covestro Deutschland AG in Dormagen und Krefeld-Uerdingen verbinden und verläuft überwiegend rechtsrheinisch. Die Genehmigung für Bau und Betrieb war bereits 2007 erteilt und in der Folge mehrfach geändert worden. Seit dem Leiturteil des Oberverwaltungsgerichts vom 31. August 2020, das sämtliche Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss und die bis dahin erteilten Planänderungen abwies, sind alle gerichtlichen Überprüfungen – einschließlich der nun entschiedenen Verfahren zu weiteren Planänderungen aus dem Jahr 2009 – ohne Erfolg geblieben. Mit der jetzigen Entscheidung ist das Vorhaben gerichtlich bestätigt und der Weg für die Inbetriebnahme der gebauten Pipeline scheint geebnet.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

Nach § 6 des Rohrleitungsgesetzes vom 21. März 2006 ist die Landesregierung verpflichtet, dem Landtag einen Evaluierungsbericht zum Kohlenmonoxid-Rohrleitungsgesetz vorzulegen. Diesem Auftrag war die Landesregierung bisher nur durch einen Zwischenbericht im Jahr 2011 (Vorlage 15/549) nachgekommen und hatte sich dabei zu einem abschließenden Evaluierungsbericht verpflichtet.

Im Rahmen der Transformation zur klimaneutralen Industrie ist auch der Aufbau einer CO2-Leitungsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen bedeutsam. Die Anforderungen an ein solches Netz und die davon ausgehenden Risiken sind grundsätzlich anders zu bewerten als bei der CO-Pipeline. Dennoch erfordert ein solcher Netzausbau nicht nur räumlich die nötigen Trassen, sondern auch Akzeptanz von Anwohnerinnen und Anwohnern für die Industrieprojekte.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen und mündlichen Bericht zu den Fragen:

1. Wie bewertet und inwiefern unterstützt die Landesregierung das Projekt der CO-Pipeline zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen?
2. Wie ist der aktuelle Stand der Betriebsgenehmigung und wann rechnet die Landesregierung mit der Inbetriebnahme der Pipeline?
3. Inwiefern betrachtet die Landesregierung die in § 6 Absatz 2 des Gesetzes über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitungsanlage zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen festgelegte Evaluierungspflicht als erfüllt bzw. wann wird sie nach abgeschlossener juristischer Klärung dem Landtag die Evaluation vorlegen?
4. Wie bewertet die Landesregierung den aktuellen Stand des Alarm- und Gefahrenabwehrplans (AGAP) in Bezug auf die CO-Pipeline?
5. Welche wirtschaftlichen Effekte erwartet die Landesregierung von der Inbetriebnahme der CO-Pipeline zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen auf Industrie und Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen?
6. Welche potenziellen Gesundheitsrisiken und Umweltauswirkungen sieht die Landesregierung im Zusammenhang mit der CO-Pipeline zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen und wie können diese beherrscht werden?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

7. Inwiefern sieht die Landesregierung Handlungsbedarf, um die Akzeptanz vergleichbarer Industrieprojekte – etwa konkret für den Ausbau der CO2-Infrastruktur, in der Bevölkerung zu erhöhen?

Mit freundlichen Grüßen

André Stinka MdL

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Dietmar Brockes MdL
Stellv. Vorsitzender des Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Sprecher für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

FDP-Landtagsfraktion NRW I Platz des Landtags 1 I 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
Herr Dr. Robin Korte MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Düsseldorf, 25. August 2025

Berichtsanfrage für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 10. September 2025 zur Thematik: „Luft- und Raumfahrtstrategie“

Sehr geehrter Herr Dr. Korte,

die FDP-Fraktion forderte mit dem Antrag „Nordrhein-Westfalen völlig losgelöst von der Erde – Gemeinsam eine Luft- und Raumfahrtstrategie für NRW entwickeln“ (Drucksache 18/9468) vom 4. Juni 2024 die Landesregierung auf, unter anderem eine Luft- und Raumfahrtstrategie des Landes zu entwickeln sowie Investitionen und Innovationen in diesen Bereichen zu stärken. Die Sachverständigen begrüßten diese Vorhaben im Rahmen ihrer gemeinsamen Stellungnahme sowie in der nachfolgenden Anhörung ausdrücklich, empfahlen jedoch, getrennte Strategien für Luft- und Raumfahrt zu entwickeln.
Der Antrag wurde in der 59. Sitzung des AWIKE am 11.12.2024 mit Stimmen von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, CDU und AfD abgelehnt. Begründet wurde die Ablehnung unter anderem mit Verweis auf die bereits bestehende, ausreichende Unterstützung der Landesregierung und damit, dass die Entwicklung einer Luft- und Raumfahrtstrategie des Landes ein Prozess sei, „der schon in Gange ist“ (APr 18/678, S. 4).

Vor diesem Hintergrund bittet die FDP-Landtagsfraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses am 10. September 2025. Der Bericht sollte dabei insbesondere folgende Fragen beantworten:

1. Wie weit ist die Erarbeitung der Luft- und Raumfahrtstrategie durch die Landesregierung fortgeschritten und welche weiteren Schritte sind vorgesehen?
2. Wann ist mit einer Veröffentlichung der Strategie zu rechnen?
3. Folgt die Landesregierung bei der Strategieentwicklung der Empfehlung der Sachverständigen, je eine eigenständige Landesstrategie für Luft- und Raumfahrt zu entwickeln?

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 I 884 2750
F: 0211 I 884 I 3608

Dietmar.brockes@landtag.nrw.de
www.fdp-fraktion-nrw.de
www.facebook.com/dietmar.brockes
www.twitter.com/brockes

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zu ergreifen, um dem in Antrag und Stellungnahme der Sachverständigen geäußerten Bedarf nach einem luftfahrtspezifischen, öffentlichen Förderprogramm des Landes gerecht zu werden?

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Brockes MdL

FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen

Dietmar Brockes MdL
Stellv. Vorsitzender des Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Sprecher für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

FDP-Landtagsfraktion NRW I Platz des Landtags 1 I 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
Herr Dr. Robin Korte MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Düsseldorf, 25. August 2025

Berichtsanfrage für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 10. September 2025 zur Thematik: „Bis zu 152 Castortransporte von Jülich nach Ahaus genehmigt – Die Landesregierung muss nun endlich Transparenz herstellen“

Sehr geehrter Herr Dr. Korte,

das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hat die Beförderungsgenehmigung nach § 4 Atomgesetz für den Transport von Kernbrennstoffen von Jülich nach Ahaus erteilt. Die Entscheidung über den Antrag im Auftrag der Jülicher Entsorgungsgesellschaft wurde am 25. August 2025 durch das BASE veröffentlicht.
Das von Wirtschaftsministerin Mona Neubaur geführte nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerium hat als Landesatomaufsichtsbehörde die atomrechtliche Aufsicht über die Beförderung und Zwischenlagerung von Kernbrennstoffen inne. Bislang wurde die dringend notwendige Debatte zu dieser absehbaren Entscheidung stets durch Verweise auf die Entscheidung des BASE oder der Aussage, dass keine neuen Erkenntnisse vorlägen, in vertraulichen Ausschusssitzungen unterbunden. Nun gilt es aber, Parlament und Bevölkerung ehrlich zu informieren und maximale Transparenz zu den Auswirkungen der Transporte auf Bevölkerung, Umwelt, Verkehr und Wirtschaft sowie der allgemeinen Sicherheit herzustellen.

Vor diesem Hintergrund bittet die FDP-Landtagsfraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses am 10. September 2025. Der Bericht sollte dabei insbesondere folgende Fragen beantworten:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Entscheidung des BASE vor dem Hintergrund der durch ihr favorisierten und im Koalitionsvertrag festgehaltenen Option eines Zwischenlager-Neubaus in Jülich?
2. Wie ist der konkrete Zeit- und Ablaufplan für die Transporte (falls dieser noch nicht feststeht, welche Überlegungen und Optionen zu Zeit- und Ablaufplan

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 I 884 2750
F: 0211 I 884 I 3608

Dietmar.brockes@landtag.nrw.de
www.fdp-fraktion-nrw.de
www.facebook.com/dietmar.brockes
www.twitter.com/brockes

werden derzeit von der Landesregierung diskutiert) und wie wird deren Organisation durch die Landesregierung koordiniert?

3. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Sicherheit der Transporte für Bevölkerung, Einsatzkräfte, Umwelt und Infrastruktur zu gewährleisten?
4. Auf welche Weise und zu welchem Zeitpunkt sollen betroffene Anwohnerinnen und Anwohner, Kommunen sowie die Öffentlichkeit über die konkreten Transporte informiert werden?
5. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung auf Verkehr, Logistik und Wirtschaft im Land, insbesondere entlang der Transportstrecken?

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Brockes MdL

NRW DIE FRAKTION SPD

André Stinka MdL
Sprecher für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 38
andre.stinka@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

17.09.2025

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur 78. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 1. Oktober 2025 zum Thema „Haldenbrände in NRW: Welche Chancen und Risiken bietet das unverhoffte Erbe des Bergbaus?“

Sehr geehrter Herr Dr. Korte,

gegenwärtig, besonders im RVR-Gebiet, existieren 211 dokumentierte Halden, darunter auch solche, die rekultiviert, touristisch aufgewertet oder in anderer Weise weitergenutzt werden.[1] Manche von ihnen glühen von innen. Der Grund: Früher erfolgte das Aufschütten von kohlehaltigem Bergematerial häufig unverdichtet, was Luftzutritt begünstigte. Durch den Kohleanteil im Haldenmaterial kommt es via Selbstentzündung durch Oxidation zu Schwelbränden.

Der BUND meldete auf Grundlage von Zahlen der Bergbehörde im Jahr 2018 insgesamt zehn solche schwelenden Halden in Nordrhein-Westfalen mit Temperaturen zwischen 55 und 198 Grad Celsius.[2] Neben der Gefahr von Schwelgasen bieten diese Brandhalden aber möglicherweise auch die Chance, die hohen Temperaturen im Innern der Halde energetisch zu nutzen.

---

[1] https://www.researchgate.net/publication/363370990_Rekultivierung_von_Bergehalden_im_Ruhrgebiet_Beobachtungen_und_Erfahrungen
[2] https://www.bund-nrw.de/themen/klima-energie/im-fokus/steinkohle-ewigkeitslasten/brennende-bergbauhalden/?utm_source=chatgpt.com

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

Insbesondere, wenn eine Abdichtung der Halde und somit die Löschung des Brandes in ihrem Inneren technisch nicht möglich ist, könnte man doch die Energie, die im unverhofften Erbe des Bergbaus schlummert, ggf. energetisch nutzen, so dass letztlich die ökologische Bilanz ein Stück weit positiver ausfällt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um einen schriftlichen Bericht zum Thema „Haldenbrände in NRW: Welche Chancen und Risiken bietet das unverhoffte Erbe des Bergbaus?“ für die nächste Sitzung des AWIKE am 1. Oktoberr 2025, der u.a. die folgenden Fragen beantwortet:

1. Welche Bergehalden weisen NRW-weit historisch oder aktuell solche Schwelbrände oder „Warmstellen“ auf (bitte aufschlüsseln nach Standort und Temperatur)?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung darüber, ob und wie die hohen Temperaturen von Haldenbränden zur Wärmegewinnung genutzt werden könnten?
3. Welche Umweltgefahren gehen möglicherweise von diesen Haldenbränden aus?
4. Werden im Umfeld der o.g. Halden Emissionen gemessen? Wenn ja, welche?
5. Gibt es die Möglichkeit, betroffene Halden nachträglich so abzudichten, dass die Brände perspektivisch gelöscht werden?
6. Welches Material könnte man für eine solche Abdichtung verwenden?

Mit freundlichen Grüßen

André Stinka MdL

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.